



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

03

*Schlaglichter
der Wirtschaftspolitik*
März 2023
Monatsbericht

11

*Wärmewende: BMWK
leitet Umstieg aufs Heizen
mit Erneuerbaren ein*

16

*BMWK startet vierte
Fondsgeneration des
High-Tech Gründerfonds*

17

*REACT with impact: Neues
Förderprogramm für
gemeinwohlorientierte
Unternehmen und Social
Startups*



**CYBERSICHERHEIT
GEMEINSAM GEDACHT:
DAS NATIONALE
KOORDINIERUNGSZENTRUM
FÜR CYBERSICHERHEIT**

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die Digitalisierung bietet große Chancen für Innovationen und neue Geschäftsmodelle. Auch mit Blick auf Ökologie und Klimaschutz kann sie einen großen Beitrag leisten. So können digitale Technologien etwa dabei helfen, unternehmerische Prozesse ressourceneffizienter zu gestalten. Jedoch bringt die Digitalisierung aufgrund des hohen Ressourcen- und Energieverbrauchs von Computern und digitalen Anwendungen auch ökologische Herausforderungen mit sich, für die es innovative Lösungen braucht.

Zugleich erfordert die Digitalisierung einen aktiven Umgang mit neuen Risiken: Das Thema Cybersicherheit hat an Bedeutung gewonnen, denn Hackerangriffe stellen eine zunehmende Gefahr für die Wirtschaft dar und können Wachstumspotenziale und Wettbewerbsfähigkeit betroffener Unternehmen schmälern. Um betriebswirtschaftliche, aber auch gesamtwirtschaftliche Schäden zu begrenzen, braucht es neue Technologien und Produkte, mit denen sich Unternehmen besser vor Hackerangriffen schützen können. Wir berichten in dieser Ausgabe darüber, wie ein neues nationales Koordinierungszentrum für Cybersicherheit (NKCS) als Teil eines europäischen Netzwerks einen Beitrag dazu leistet, Investitionen in Forschung, Technologie und industrielle Entwicklung im Bereich der Cybersicherheit zu fördern. Dies trägt unmittelbar dazu bei, die Resilienz der Wirtschaft in der digitalen Welt zu stärken.

Außerdem berichten wir über ein speziell auf gemeinwohlorientierte Unternehmen zugeschnittenes neues Förderprogramm für Beratungs- und Unterstützungsleistungen. Gemeinwohlorientierte Unternehmen leisten, unter anderem durch soziale Innovationen, wichtige Beiträge zum Gelingen der sozial-ökologischen Transformation sowie zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dabei haben sie oft spezifische Förderbedarfe, die durch das neue Förderprogramm adressiert werden sollen.

Auch junge, technologieorientierte Unternehmen versprechen Innovationen und gesellschaftlichen Fortschritt. Sie haben spezifische Bedarfe – schon die Gründungsprozesse sind oft komplex, kapitalintensiv und mit speziellen Risiken



behaftet. Um Finanzierungslücken innovativer Start-ups zu schließen, investiert der High-Tech Gründerfonds jetzt bereits in der vierten Generation Wagniskapital im Frühphasensegment – wie genau, erfahren Sie in dieser Ausgabe.

Neben den Herausforderungen, Chancen und staatlichen Unterstützungsmöglichkeiten für Unternehmen in einer sich wandelnden Welt geht es in dieser Ausgabe auch darum, wie eine gelungene Wärmewende die beiden Ziele Energiesicherheit und Klimaschutz vereint. Denn mehr Energieeffizienz und eine zügige Erhöhung des Anteils von erneuerbaren Energien in der Wärmeerzeugung versprechen nicht nur Fortschritte beim Klimaschutz im Gebäudereich, sondern ermöglichen auch mehr Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten. Wir stellen vor, mit welchen Maßnahmen das BMWK die Wärmewende im Gebäudesektor fördert.

Die neue Ausgabe der Schlaglichter steht also ganz im Zeichen des großen Themas unserer Zeit, der Transformation, und veranschaulicht, wie vielfältig der Staat tätig ist, um sowohl Unternehmen als auch Bürgerinnen und Bürger bei den notwendigen Anpassungsprozessen zu unterstützen.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine interessante Lektüre.

Dr. Robert Habeck

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Inhalt



DIE „SCHLAGLICHTER“ IM ABONNEMENT

Melden Sie sich für den
Schlaglichter-Newsletter
an und verpassen Sie
keine Ausgabe mehr:
schlaglichter/newsletter



MEHR IM WEB

Schlaglichter-
Ausgaben online lesen:
[www.bmwk.de/
schlaglichter](http://www.bmwk.de/schlaglichter)

- 02 Editorial
- 04 Konjunkturschlaglicht
- 32 Impressum

Wirtschaftspolitik

- 07 **Cybersicherheit gemeinsam gedacht: Das Nationale Koordinierungszentrum für Cybersicherheit**
- 11 **Wärmewende: BMWK leitet Umstieg aufs Heizen mit Erneuerbaren ein**
- 15 **Auf einen Blick: Erneuerbare Energien werden weltweit immer wichtiger**
- 16 **BMWK startet vierte Fondsgeneration des High-Tech Gründerfonds**
- 17 **REACT with impact: Neues Förderprogramm für gemeinwohlorientierte Unternehmen und Social Startups**
- 18 Termine

Konjunktur

- 20 **Die wirtschaftliche Lage im Februar 2023**
- 25 **BIP Nowcast für das erste Quartal 2023**
- 27 **Die Lage der Weltwirtschaft zum Jahresanfang 2023**

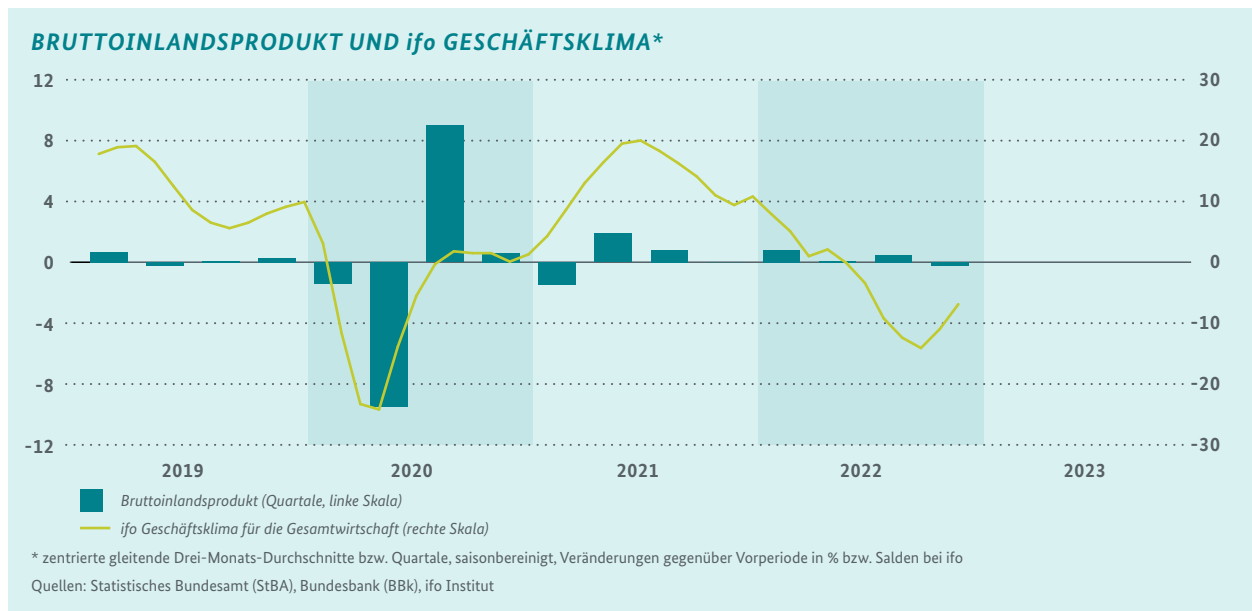
KONJUNKTURSCHLAGLICHT

Februar 2023

Die Dynamik der deutschen Wirtschaft hat sich zum Jahresende 2022 spürbar abgeschwächt.



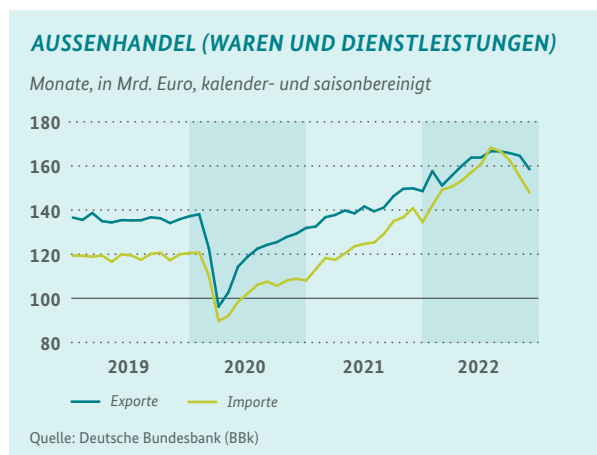
Gesamtwirtschaft



Das Bruttoinlandsprodukt ist im vierten Quartal 2022 gegenüber dem Vorquartal um 0,2 % zurückgegangen. Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich zuletzt weiter aufgehellt und deutet auf eine milde wirtschaftliche Abschwächung im Winter und eine Besserung im Laufe des Jahres hin.



Außenwirtschaft



Die aktuelle Schwäche der Weltwirtschaft ist im deutschen Außenhandel angekommen. Sowohl die Ex- als auch die Importe von Waren und Dienstleistungen haben sich zuletzt markant verringert. Anders als in den Vormonaten waren diese Rückgänge nicht durch die Entwicklung der Aus- und Einfuhrpreise getrieben.

LEGENDE

- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

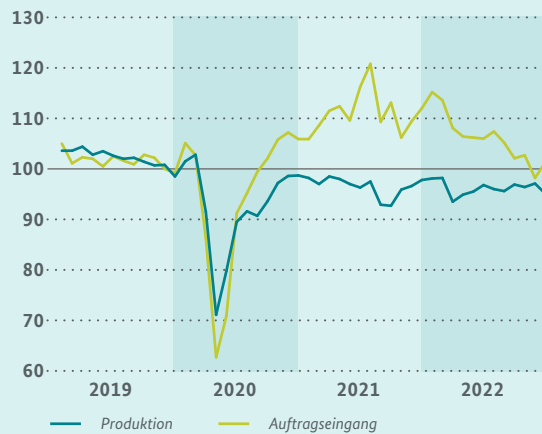
Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020



Produktion

INDUSTRIEPRODUKTION UND AUFTRAGS-EINGANG IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

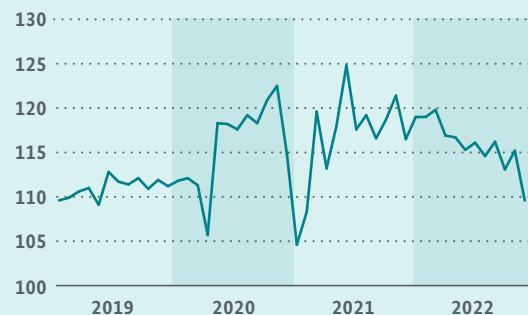
Die Industrieproduktion hat zum Jahresende 2022 einen Dämpfer erhalten. Insbesondere die energieintensiven Branchen drosselten abermals ihre Produktion. Bei den Auftragseingängen im Verarbeitenden Gewerbe setzte sich im Dezember indes der seit Februar letzten Jahres zu beobachtende Abwärtstrend erst einmal nicht weiter fort.



Privater Konsum

EINZELHANDEL OHNE KFZ

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Umsätze im Einzelhandel verringerten sich trotz Weihnachtsgeschäft im Dezember gegenüber November spürbar. Die Stimmung unter den Verbraucherinnen und Verbrauchern setzte aber ihren positiven Trend der letzten Monate weiter fort. Dies dürfte nicht zuletzt auf die Stabilisierungsmaßnahmen der Bundesregierung zurückzuführen sein.



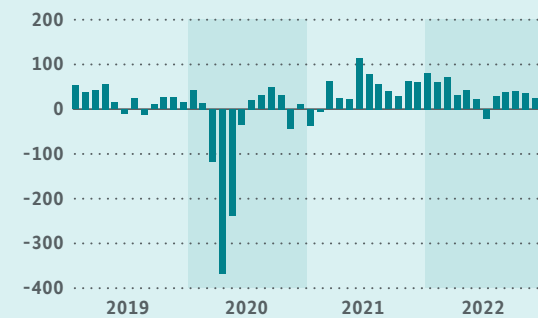
Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich trotz der wirtschaftlichen Abschwächung zum Jahreswechsel insgesamt positiv.

Die Arbeitslosigkeit ging im Januar weiter zurück und die Erwerbstätigkeit nahm im Dezember erneut zu. Die Kurzarbeit dürfte zwar im Dezember auf erhöhtem Niveau geblieben sein, aber die Frühindikatoren deuten auf eine steigende Einstellungsbereitschaft und eine weiter abnehmende Arbeitslosigkeit hin.

ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt, absolut (in 1.000), Veränderung zum Vormonat



Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)

W



WIRTSCHAFTSPOLITIK



Cybersicherheit gemeinsam gedacht: Das Nationale Koordinierungszentrum für Cybersicherheit



Zahlreiche Cyberangriffe auf Unternehmen in den letzten Monaten und die zunehmende mediale Berichterstattung über Hackerangriffe verdeutlichen: Cybergefahren für die deutsche Wirtschaft nehmen zu. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) rief für die Informationssicherheit in Deutschland bereits im Jahr 2021 in Teilen eine „Alarmstufe Rot“ aus. Hacker haben sich professionalisiert, agieren arbeitsteilig und attackieren insbesondere lukrative Unternehmen. Der Branchenverband der deutschen Informations- und Telekommunikationsbranche, BITKOM e.V., beziffert die Schäden durch Angriffe aus dem Cyberraum für die deutsche Wirtschaft aktuell auf mehr als 200 Milliarden Euro pro Jahr. Das zeigt, dass Cybersicherheit eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist: Forschung, Technologie und industrielle Entwicklung müssen ebenso wie die Sicherheitswirtschaft gestärkt und Unternehmen dabei unterstützt werden, Cybergefahren zu erkennen, adäquate präventive Schutzmaßnahmen zu ergreifen und so ihre Wettbewerbsfähigkeit zu bewahren.

TEIL EINES NEUEN EUROPÄISCHEN ÖKOSYSTEMS FÜR CYBERSICHERHEIT

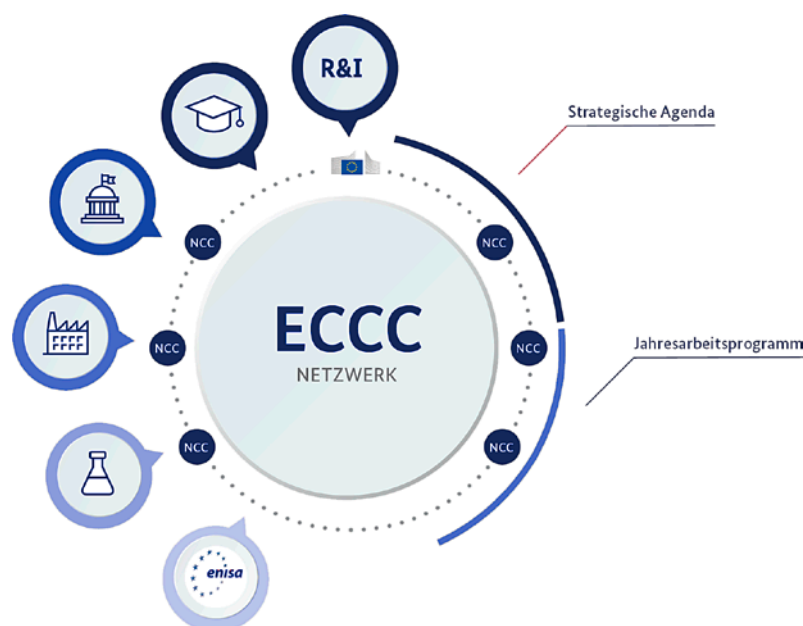
Mit der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Kompetenzzentrums für Industrie, Technologie und Forschung im Bereich der Cybersicherheit und des Netzwerks nationaler Koordinierungszentren wurde im Mai 2021 die Grundlage für ein

neues europaweites Netzwerk für Cybersicherheit geschaffen. In Bukarest wird als zentraler Akteur das Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit aufgebaut (European Competence Centre for Cybersecurity – ECCC), das durch ein Netz nationaler Koordinierungszentren (sogenannte National Coordination Centres for Cybersecurity) ergänzt wird. Das deutsche nationale Koordinierungszentrum für Cybersicherheit (NKCS) ist eine gemeinsame Kooperationsplattform des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI), des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg). Für das BMWK und das BMBF wirkt das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt mit, für das BMVg ist das Forschungsinstitut CODE der Universität der Bundeswehr München am NKCS beteiligt. Die zentrale Kopfstelle dieser interministeriellen Plattform wurde beim BSI in Bonn eingerichtet. Sie soll Drehscheibe der Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, dem ECCC und zwischen den Ministerien sein. Das ECCC und das Netz der nationalen Koordinierungszentren werden das wichtigste Instrument der EU sein, um Investitionen in Forschung, Technologie und industrielle Entwicklung im Bereich der Cybersicherheit zu bündeln. Mit diesem Auftrag soll das NKCS auf nationaler Ebene insbesondere die deutsche Cybersicherheitswirtschaft stärken.

Das ECCC und das Netzwerk der nationalen Koordinierungszentren sollen die Führungsrolle



DAS EUROPÄISCHE KOMPETENZZENTRUM FÜR CYBERSICHERHEIT (ECCC) IM ZENTRUM DES NEUEN NETZWERKS



ECCC: European Competence Centre for Cybersecurity – Europäisches Kompetenzzentrum für Cybersicherheit.

NCC: National Coordination Centre for Cybersecurity – Nationales Koordinierungszentrum für Cybersicherheit – das deutsche NCC ist das NKCS.

ENISA: Die European Network and Information Security Agency ist die zentrale Cybersicherheitsagentur der EU.

Das ECCC ist die zentrale Drehscheibe zwischen allen an der Cybersicherheit beteiligten Akteuren, insbesondere aus Forschung und Innovation (R&I), Hochschulen, Behörden, der Wirtschaft, Forschungseinrichtungen und weiteren Organisationen. Seine Strategische Agenda bildet den längerfristigen Handlungsrahmen, sein Jahresarbeitsprogramm die kurz- bis mittelfristigen Ziele und Aufgaben ab.

WORTMELDUNG

**Dr. Gerhard Schabhüser**

Vizepräsident des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)

CYBERSICHERHEIT MADE IN EUROPE

Eine nachhaltige Digitalisierung kann nur gelingen, wenn Cybersicherheit von Anfang an mitgedacht wird. Cybersicherheit ist deswegen eine Investition in die Zukunft. Das ist eine einfache Formel, die nicht immer einfach zu vermitteln ist. Denn erfolgreiche Cybersicherheit ist unsichtbar. Nur wenn sie nicht funktioniert, wird sie sichtbar – beispielsweise als IT-Sicherheitsvorfall, der Krankenhäuser, Unternehmen oder Kommunen lahmlegt. Auswirkungen wie diese schaffen Aufmerksamkeit und machen Schlagzeilen, die eigentlich der Cybersicherheit gehören sollten.

Umso wichtiger ist es, Technologien und Know-how in Deutschland und Europa zu etablieren sowie geeignete Rahmenbedingungen für die Aus- und Weiterbildung von qualifizierten Fachkräften zu schaffen. In einer global vernetzten Welt muss auch die Cybersicherheit grenzüberschreitend gedacht werden. Als Cybersicherheitsbehörde des Bundes arbeitet das BSI daher eng mit europäischen und internationalen Partnern zusammen. Für die Förderung und Koordinierung von Cybersicherheits-Innovationen und -Forschung nimmt das europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit (ECCC) und das Netzwerk von nationalen Koordinierungszentren (NCCs) eine bedeutende Rolle ein.

Ich freue mich, dass das BSI die Funktion als Kopfstelle des Nationalen Koordinierungszentrums für Cybersicherheit (NKCS) übernommen hat. Als Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in Deutschland sind wir gemeinsam mit unseren Partnern im NKCS die nationale Anlaufstelle für Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft, um Innovationen aus Deutschland in Cybersicherheit und Produktentwicklung zu fördern. Damit leistet das NKCS einen wesentlichen Beitrag für innovative Ideen und wettbewerbsfähige Produkte „made in Europe“.

der EU und ihre strategische Autonomie in der Cybersicherheit weiter voranbringen. Sie sollen Innovationen und Investitionen anstoßen, damit deutlich mehr marktfähige Cybersicherheitsprodukte als bisher in der Union entwickelt werden. Zudem möchten sie erreichen, dass Unternehmen diese Produkte auch großflächig einsetzen, und so das Cybersicherheitsniveau in der europäischen Volkswirtschaft insgesamt erhöhen. Das ECCC und das Netzwerk der nationalen Koordinierungszentren mit dem NKCS sollen die Cybersicherheitsprojekte der EU-Förderprogramme „Horizont Europa“ und „Digitales Europa“ bündeln und so Synergieeffekte erzielen.

**ANGEBOTE FÜR SICHERHEITSWIRTSCHAFT UND
CYBERSICHERHEITS-COMMUNITY – START-UPS,
KMU UND INDUSTRIE IM FOKUS**

Das NKCS berät Unternehmen der Sicherheitswirtschaft und Forschungseinrichtungen zu europäischen und nationalen Förderungen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. Zwar trägt das ECCC als zentraler Akteur des Netzwerks die „Industrie“ im Namen, doch liegt dabei ein deutlicher Fokus auf mittelständischen Unternehmen und Start-ups. Das NKCS soll Start-ups umfassend zu Produktideen im Feld der Cybersicherheit beraten: von der ersten Geschäftsidee eines Cybersicherheitsprodukts über Gründungsförderungen und Rahmenbedingungen zur Gründung bis hin zur Vermittlung von Mentorinnen und Mentoren. Denn gerade Start-ups haben innovative Ideen, die für die Cybersicherheit in Deutschland und Europa wertvoll sein können. Zugleich sind sie als Innovationsträger Ziele von Cyberkriminellen. Das NKCS möchte Start-ups in der Cybersicherheitsbranche deshalb bei der Verwirklichung ihrer Produktideen unterstützen und die erzielten Ergebnisse in das Start-up-Ökosystem transferieren. Wegen dieser Start-up-Orientierung ist das NKCS eine Maßnahme der Start-up-Strategie der Bundesregierung, die das Start-up-Ökosystem in Deutschland und Europa stärken soll.

Netzwerke sind für die Cybersicherheit von großer Bedeutung. Das NKCS soll neben seiner Förderberatung zu Forschungs- und Entwicklungsvorhaben eine nationale Community formen, in der Akteure der Cybersicherheit – beispielsweise Unternehmen der Cybersicherheitswirtschaft oder Forschungseinrichtungen – zusammengeschlossen sind. Es soll insbesondere mittelständischen Unternehmen und Start-ups ein vielfältiges Angebot unterbreiten und Workshops, Schulungen oder Erfahrungsaustausch anbieten. Dabei wird das NKCS auch auf Angebote Dritter verweisen und Möglichkeiten schaffen, sich miteinander zu vernetzen. Messeauftritte, Publikationen und andere Instrumente der Fachinformation sind ebenfalls Teil des NKCS-Angebots.





Operative Cybersicherheitsaufgaben, wie sie beispielsweise Reaktionsteams für Cybersicherheitsverletzungen (sogenannte Cyber Security Incidence bzw. Cyber Emergency Response Teams) wahrnehmen, gehören dagegen nicht zum Angebotsportfolio des NKCS.

VERZAHNT MIT DER FÖRDERLANDSCHAFT DES BMWK FÜR CYBERSICHERHEIT

Die Angebote des NKCS sollen Forschung und Entwicklung von Cybersicherheits-Produkten anstoßen. Damit ergänzt das NKCS die bestehende BMWK-Förderlandschaft und europäische Förderangebote für Cybersicherheit im Mittelstand:

- Die Initiative IT-Sicherheit in der Wirtschaft mit der Transferstelle IT-Sicherheit im Mittelstand, die Mittelständler kostenfrei bei der Cybersicherheit unterstützt,
- die Mittelstand-Digital Zentren, die KMU und Handwerk bei der Digitalisierung und IT-Sicherheit unterstützen,
- das Förderprogramm „go-digital“, das für mittelständische Unternehmen Beratungen und Umsetzungsmaßnahmen zur IT- und Datensicherheit fördert,
- das Investitionszuschussprogramm „Digital Jetzt“, das Zuschüsse für Investitionen in Cybersicherheit, Digitalisierung und damit verbundene Weiterbildung der Beschäftigten anbietet, und
- die Europäischen digitalen Innovationszentren (European Digital Innovation Hubs – EDIHs), die – ähnlich den deutschen Mittelstand-Digital Zentren – Digitalisierung und Cybersicherheit im Mittelstand fördern sollen.

Das NKCS adressiert dabei alle Akteure der nationalen Cybersicherheits-Community. Unter diesen vielfältigen BMWK-Förderangeboten für Cybersicherheit im Mittelstand soll das NKCS insbesondere mit den EDIHs, den Mittelstand-Digital Zentren und der Transferstelle für IT-Sicherheit im Mittelstand zusammenarbeiten. Neue und innovative Cybersicherheitsprodukte sollen so in die deutsche Wirtschaft und den Mittelstand getragen werden.

QUO VADIS, CYBERSICHERHEIT?

Mit dem NKCS fördert das BMWK Forschung und Entwicklung, stößt so neue europäische und deutsche Cybersicherheits-Produkte an und unterstützt vor allem mittelständische Unternehmen und innovative Start-ups aus der Cybersicherheits-Branche. Mit der bestehenden Förderlandschaft für Cybersicherheit im Mittelstand ermöglicht das BMWK, dass Cybersicherheits-Produkte von Unternehmen breit angewendet werden.

Das BMWK unterstützt mit dem NKCS die digitale Souveränität Deutschlands und Europas durch *Cybersicherheit made in Germany*. Gemeinsam mit bestehenden Förderangeboten trägt das BMWK zu einer höheren Resilienz der deutschen Wirtschaft in der digitalen Welt bei. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Anja Eckhardt

Referat: Geheimschutz in der Wirtschaft: Personenüberprüfung

Christian Munk

Referat: Mittelstand-Digital

schlaglichter@bmwk.bund.de

Mehr zum Thema:

nkcs.bund.de



Wärmewende: BMWK leitet Umstieg aufs Heizen mit Erneuerbaren ein

Der Gebäudebereich ist ein zentraler Schauplatz auf dem Weg zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2045. Das liegt zum einen an der reinen Größe des Sektors: Mehr als ein Drittel des gesamten Energiebedarfs in Deutschland wird zum Heizen unserer Gebäude und zur Versorgung mit Warmwasser verbraucht. Über 80 Prozent der Wärmenachfrage wird noch durch die Verbrennung von fossilen Energieträgern gedeckt. Zum anderen ist der Ausstieg aus der Nutzung klimaschädlicher, fossiler Energieträger eine große Herausforderung wegen der langen Investitionszyklen: Eine Heizung wird nur alle paar Jahrzehnte ausgetauscht, ein Haus kann hunderte Jahre alt werden. Mit Blick auf die im Klimaschutzgesetz festgelegten CO₂-Einsparziele hat der Gebäudesektor Nachholbedarf. Nach mangelnden Fortschritten in den vergangenen Jahren wurden die CO₂-Minderungs-Vorgaben für die vergangenen beiden Jahre deutlich verfehlt. So lagen die Emissionen 2022 bei 113 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten und damit fünf Millionen Tonnen über dem Sektorziel des Gebäudebereichs (Agora Energiewende, 2023).

Auch über Klimaschutzaspekte hinaus ist eine schnelle und tiefgreifende Veränderung im Gebäudebereich notwendig: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die große Bedeutung von Energiesouveränität deutlich hervorgehoben. Mehr Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten ist daher politisch dringend geboten. Tatsächlich wird zurzeit noch jede zweite Heizung in Deutschland mit Gas betrieben und allein Raumwärme und Warmwasser in

Haushalten verursachen knapp 30 Prozent des gesamten Erdgasverbrauchs.

Entsprechend stark wurden Haushalte, die Gas verwenden, von den Preisschocks des vergangenen Jahres getroffen. Erdgas-Neuverträge für Privatkunden und -kundinnen waren zum Höhepunkt der Preisentwicklung im Herbst 2022 sieben Mal teurer als noch ein Jahr zuvor. Im selben Zeitraum wurde Strom, der zunehmend aus erneuerbaren Quellen stammt, für Neukundinnen und Neukunden „nur“ um den Faktor 2,5 teurer und dies vor allem, weil Gas noch häufig die Stromspitzen abdeckt und in diesen Zeiten preissetzend am Strommarkt ist. Durch den geplanten starken Ausbau von Photovoltaik- und Windenergieanlagen zur Stromerzeugung dürfte teures Gas mittel- bis langfristig immer seltener im Strommarkt zum Einsatz kommen.

WÄRMEWENDE BESCHLEUNIGEN

Die Energiewende im Wärmebereich ist deshalb entscheidend. Ein ambitionierter und verbindlicher Weg zur Klimaneutralität im Gebäudesektor kann gleichzeitig zu langfristiger Versorgungssicherheit und stabilen Preisen beitragen. Durch mehr Energieeffizienz und den Umstieg aufs Heizen mit erneuerbaren Energien bringt die Bundesregierung nun diese Wende voran.

Der Verbrauch fossiler Energien im Gebäudesektor und die damit verbundenen Emissionen



sinken schrittweise, jedoch relativ langsam. Sanken die CO₂-Emissionen im letzten Jahrzehnt noch um 1,7 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr, muss diese Reduktion bis 2030 im Schnitt bei 5,1 Mio. Tonnen liegen, um die Klimaschutzziele zu erreichen – also drei Mal höher (ERK, 2022).

Die Gründe für das langsame Tempo sind vielfältig. Dazu gehören zu wenige Sanierungen mit teilweise zu geringen Sanierungstiefen und der zu langsame Umstieg auf klimafreundliche Heizungstechnologien. Hinzu kommen ein geändertes Nutzungsverhalten und ein zunehmender durchschnittlicher Flächenverbrauch pro Kopf. So ist in den letzten 30 Jahren die durchschnittliche Wohnfläche von 35 auf knapp 48 m² pro Person gestiegen.

ENERGIEEINSPARUNG FÖRDERN

So vielfältig wie die Herausforderungen sind auch die Lösungsansätze, auf die das BMWK für die beschleunigte Transformation des Gebäudesektors aufbaut. Hierfür stehen zwei zentrale Hebel zur Verfügung: Effizienz und erneuerbare Energien.

Getreu dem Motto „Die beste Kilowattstunde ist jene, die gar nicht erzeugt werden muss“, gilt es, den Verbrauch zu senken und die Energieeffizienz zu steigern. Hier sind wir alle gefordert. Dementsprechend wurde mit der letzten Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) der Neubaustandard zu Beginn dieses Jahres auf das Effizienzhaus (EH) 55 angehoben. Eine weitere ambitionierte Erhöhung der Anforderungen ist zum 1. Januar 2025 geplant, um dauerhafte Energieeinsparung sicherzustellen.

Neben diesem wichtigen gesetzlichen Schritt wurden Förderprogramme angepasst, damit sie den erhöhten Klimaschutzanforderungen und der benötigten Transformationsgeschwindigkeit gerecht werden. Damit steht jetzt die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden im Zentrum der Förderung, denn die Ziele im Gebäudebereich sollen

möglichst kosten- und ressourceneffizient erreicht werden. Zusätzlich zum Bonus für die Sanierung der energetisch schlechtesten Gebäude (sog. Worst Performing Buildings) von 10 Prozent wurde ein weiterer Bonus von 15 Prozent für das Serielle Sanieren in der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) eingeführt. Das Serielle Sanieren ist eine Methode, welche digitalisierte Bauprozesse mit seriell vorgefertigten Elementen vereint, wie bei Fertighäusern. Dank der industriellen Vorfertigung können Gebäude deutlich schneller, mit weniger Fachkräften vor Ort und perspektivisch kostengünstiger auf einen klimagerechten Standard gebracht werden.

Exkurs Wärmepumpe

Die Wärmepumpe ist eine der zentralen Technologien für eine klimaneutrale Erzeugung von Wärme und Warmwasser. Ihr größter Vorteil: Sie produziert Wärme, indem sie der Umwelt frei verfügbare und deshalb erneuerbare Wärme entzieht, zum Beispiel aus der Außenluft, dem Grundwasser oder dem Erdreich. Dafür muss lediglich ein kleinerer Teil an Energie für die Kompression eines Kältemittels aufgewendet werden, das als Wärmeträger dient. Hierfür nutzt die Wärmepumpe Strom, der zunehmend auf Basis erneuerbarer Energien erzeugt wird.

Das Verhältnis des aufgewendeten Stroms zur insgesamt erzeugten Wärme über ein Jahr wird als Jahresarbeitszahl (JAZ) bezeichnet. Eine Wärmepumpe mit einer JAZ von vier erzeugt beispielsweise vier Kilowattstunden Wärme pro eingesetzter Kilowattstunde Strom. Die Jahresarbeitszahlen von Wärmepumpen steigen dabei mit der technologischen Entwicklung. Schon heute arbeiten Wärmepumpen deutlich effizienter als noch vor einigen Jahren. Neben immer besseren Geräten wird dabei auch der Zeit- und Kostenaufwand für Installationen durch Plug-and-Play-Lösungen geringer. Der von den Herstellern avisierte Hochlauf von industriellen Fertigungskapazitäten lässt eine weitere Kostendegression erwarten.

Bürokratieabbau für die Transformation: Praxis-Check Wärmepumpen

Wer eine Wärmepumpe einbauen möchte, darf nicht durch bürokratische Hemmnisse in seinem Vorhaben behindert werden. Daher werden wir gemeinsam mit verschiedenen Akteuren aus der Praxis den Prozess von der Planung über den Einbau bis zum Betrieb von Wärmepumpen systematisch in den Blick nehmen, bürokratische Hemmnisse identifizieren und entsprechende Lösungsansätze formulieren.

Sind Ihnen konkrete bürokratische Hemmnisse dazu bekannt? Dann schicken Sie Ihre Hinweise gerne an:
buero-VIID5@bmwk.bund.de
Referat: Bürokratieabbau und Bessere Rechtsetzung





UMSTIEG AUF HEIZEN MIT ERNEUERBAREN

Auch der Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeerzeugung muss maßgeblich erhöht werden. Bis zuletzt war weniger als ein Drittel aller pro Jahr verbauten Wärmeerzeuger mit Erneuerbaren betrieben, obwohl es seit Langem Informationsangebote und Fördermittel dafür gibt. In der für 2023 geplanten GEG-Novelle will das BMWK deshalb den Umstieg auf das Heizen mit erneuerbaren Energien verbindlich regeln: Ab dem 1. Januar 2024 soll jede neu eingebaute Heizung in Neubauten und Bestandsgebäuden mindestens 65 Prozent erneuerbare Energie nutzen. Bereits eingebaute Heizungen dürfen in Betrieb bleiben.

Die Vorgabe zum Heizen mit Erneuerbaren leitet den schrittweisen Abschied von rein fossil betriebenen Heizkesseln ein. Beim Einbau neuer Heizungen soll es eine breite Palette an zulässigen Möglichkeiten geben. Dazu gehören

- Wärmenetzanschluss (Anschluss an die Fernwärme)
- Wärmepumpe mit den Wärmequellen Luft, Erdreich, Wasser oder Abwärme
- Stromdirektheizungen (in besonders effizienten Gebäuden)
- Biomasseheizungen (u. a. betrieben mit nachhaltig produzierten Pellets, Holz oder Flüssigbrennstoffen)
- Gasheizungen, die grüne Gase nutzen
- Hybridheizungen, bei denen eine Wärmepumpe die Grundlast abdeckt und eine fossile Heizung nur an besonders kalten Tagen anspringt

OPTIONEN MIT PLANUNGSSICHERHEIT

Wärmepumpen und Fernwärme gelten unter den Optionen als robusteste Lösungen für eine klimaneutrale Wärmeversorgung mit Blick auf das Zieljahr 2045. Andere Technologiepfade, die auf noch nicht vorhandene Infrastrukturen oder die teilweise Weiternutzung fossiler Energieträger setzen, bringen größere Unsicherheiten mit sich. Welche Brennstoffmengen wann zu welchem Preis lieferbar sein werden, ist beispielsweise bei der Nutzung von Wasserstoff und anderen grünen Gasen ungewiss. Biomasse wird besonders unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten ein knappes Gut sein, zu dessen Angebots- und Nachfrageentwicklung keine verlässlichen Aussagen getroffen werden können. Angesichts der begrenzten Verfügbarkeit sollte Biomasse daher nur in Fällen zum Einsatz kommen, in denen andere Optionen nicht möglich sind.

Die Vorgabe zum Heizen mit erneuerbaren Energien ergänzt den bisherigen Instrumentenkasten für den Klimaschutz im Gebäudebereich. Deshalb wurde das Konzept für die neue gesetzliche Regelung schon im Sommer 2022 vorgestellt. So konnten Akteure aus der Politik, den betroffenen Branchen, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft Stellung nehmen und zusätzliche Aspekte einbringen. Das ist wichtig, denn die Vorgabe zum Heizen mit Erneuerbaren ist die zentrale Weichenstellung für einen klimaneutralen Gebäudebestand. Sie schreibt den Pfad zum Umstieg auf erneuerbare Energien in der Wärmeversorgung fest und gibt damit Planungs- und Investitionssicherheit.

Die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes wird aktuell vom BMWK gemeinsam mit dem BMWBS vorangetrieben und soll bereits im März 2023 vom Kabinett beschlossen werden. Wenn die neuen Regeln dann im Januar 2024 in Kraft treten, haben Betroffene



ausreichend Zeit für die Umstellung. Denn die neuen Vorgaben greifen erst bei einem Heizungsaustausch. So ist genügend Zeit, sich auf den Umstieg auf das Heizen mit Erneuerbaren einzustellen und die nächsten Schritte zum klimaneutralen Gebäude zu planen.

NÄCHSTER SCHRITT: EFFIZIENZSTANDARDS

Es bleibt eine anspruchsvolle Aufgabe, die Klimaziele im Gebäudesektor zu erreichen sowie mehr Energiesouveränität, langfristige Versorgungssicherheit und Preisstabilität zu gewährleisten. Sie kann nur gelingen, wenn erneuerbare Energien und Energieeffizienz zusammengedacht werden.

Analog zur Erneuerbaren-Vorgabe für Heizungen werden deshalb weitere Regelungen zur Energieeffizienz folgen. Im nächsten Schritt stehen hier Mindestenergiestandards für Gebäude an (Minimum Energy Performance Standards – kurz MEPS). Diese werden dazu führen, dass mehr Gebäude saniert werden und künftig weniger Energie verbrauchen. Die Ausgestaltung der MEPS wird zurzeit im Rahmen der Novelle der Gebäudeenergierichtlinie EPBD in der EU verhandelt. Die Bundesregierung setzt sich dabei in Brüssel für ambitionierte Vorgaben ein. Sobald der europäische Rahmen steht, geht es an die Umsetzung auf nationaler Ebene. Beginnend mit den Gebäuden mit der geringsten Energieeffizienz soll sich der energetische Zustand der Gebäude deutlich und planbar verbessern.

WÄRMEWENDE WEITERDENKEN

Auch das Umfeld der Gebäude spielt eine wesentliche Rolle, wenn es um kostengünstige, effiziente und klimafreundliche Lösungen geht. Wärmequellen und -verbrauch intel-

ligent zu verknüpfen wird umso leichter, je früher eine verlässliche kommunale Wärmeplanung vorhanden ist. Dafür will das BMWK in gemeinsamer Federführung mit dem BMWSB in diesem Jahr ein Gesetz für Wärmeplanung auf den Weg bringen und so Sicherheit und Planbarkeit im Hinblick auf den Wärmenetzausbau und andere Arten der Wärmeversorgung schaffen.

Vorgaben für erneuerbare Energien, Effizienzstandards und kommunale Wärmepläne bilden gemeinsam ein stabiles Gerüst für die Wärmewende auf lokaler und nationaler Ebene. Auch die CO₂-Bepreisung für fossile Brennstoffe kann dazu beitragen. So können die Personen vor Ort die jeweils beste und wirtschaftlichste Entscheidung treffen, damit die Wärmeversorgung in Deutschland bis spätestens 2045 klimaneutral ist. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Daniel Kluge, Dr. Nina Schubert
Referat: Zielgruppenbezogene Gebäudestrategien

schlaglichter@bmwk.bund.de

Literaturverzeichnis:

Agora Energiewende (2023): Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2022. Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2023.

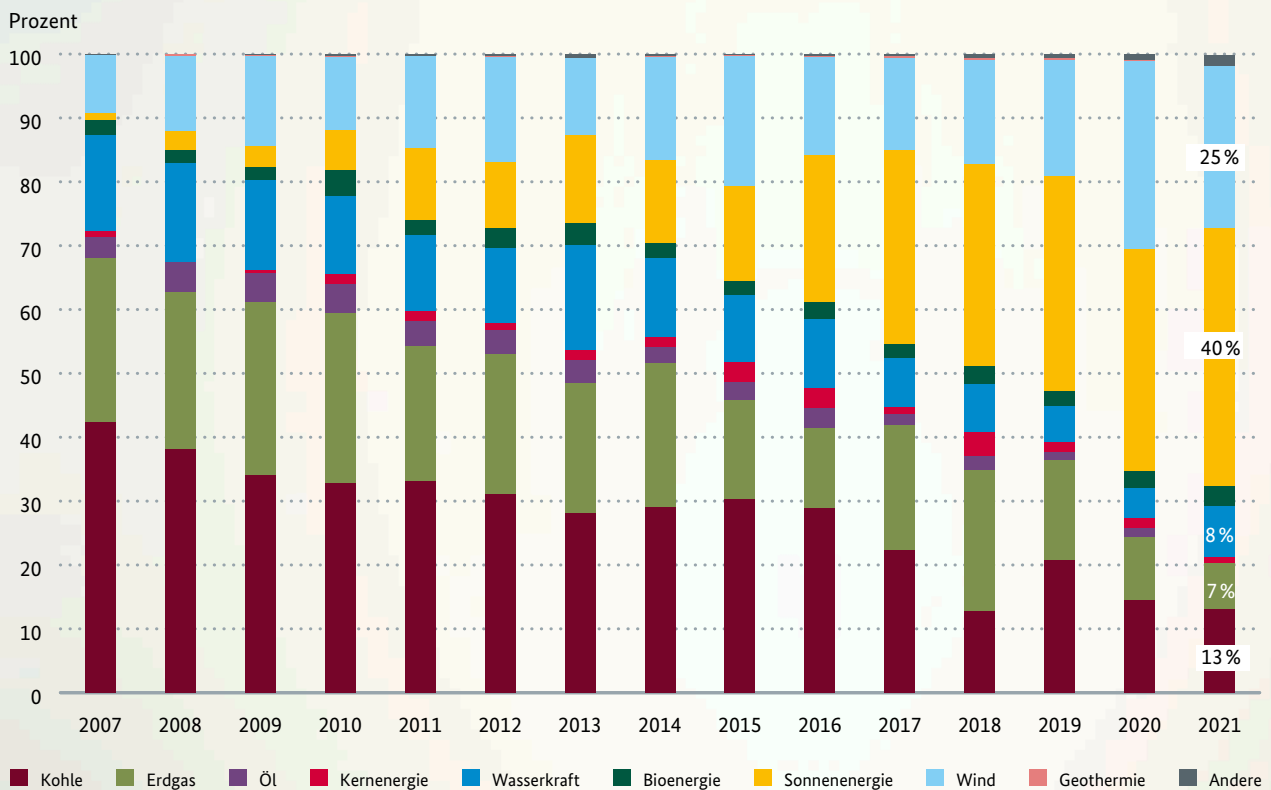
Expertenrat für Klimafragen (ERK, Hrsg., 2022): Zweijahresgutachten 2022. Gutachten zu bisherigen Entwicklungen der Treibhausgasemissionen, Trends der Jahresemissionsmengen und Wirksamkeit von Maßnahmen (gemäß § 12 Abs. 4 Bundes-Klimaschutzgesetz).



AUF EINEN BLICK

Erneuerbare Energien werden weltweit immer wichtiger

Energieneuinstallationen nach Erzeugerart (in Prozent an den gesamten globalen Neuinstallationen)



Quelle: Internationale Energie Agentur (2022), World Energy Outlook 2022, IEA, Paris

Erneuerbare Energien werden langfristig die dominierende Stromquelle weltweit werden. Das prognostiziert der jährlich erscheinende World Energy Outlook der Internationalen Energieagentur (IEA) in seiner aktuellen Ausgabe von 2022. Die hohen Zuwachszahlen sind vor allem auf den weltweit zunehmenden Ausbau von Solar- und Windenergie zurückzuführen. Lag der Anteil von Windenergie an der globalen neuinstallierten Stromerzeugung 2007 noch bei 9 Prozent, waren es 2021 bereits 25 Prozent. Der Ausbau der Solarenergie stieg im selben Zehnjahreszeitraum von einem auf 40 Prozent der global zugebauten Kapazität und verzeichnet somit den größten Zuwachs unter den verschiedenen Energieträgern in der Stromproduktion. Zuwächse bei fossilen Energien (Öl, Erdgas, Kohle) waren hingegen stark rückläufig. Im Jahr 2021 basierte noch gut ein Fünftel (21 Prozent) der neuinstallierten Stromerzeugung auf fossilen Energieträgern.



BMWK startet vierte Fondsgeneration des High-Tech Gründerfonds

Das zunehmend herausfordernde makroökonomische Umfeld wirkt sich auch auf die Finanzierung junger, innovativer Start-ups aus. Bislang sind größere Verwerfungen auf dem deutschen Wagniskapitalmarkt ausgeblieben, doch zeigen aktuelle Daten zu den Wagniskapitalinvestitionen: Die sehr guten Jahre, in denen Rekordsummen in deutsche Start-ups investiert wurden, sind zunächst vorbei. Insbesondere für innovative und technologieorientierte Gründungen, die in der Regel komplexer und kapitalintensiver als andere Gründungen sind und mit besonders hohen Markt-, Management- und technischen Risiken einhergehen, könnte die Situation zukünftig schwieriger werden.

In dieser für viele Start-ups herausfordernden Lage setzt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) die erfolgreiche Arbeit des High-Tech Gründerfonds mit einer neuen Fondsgeneration fort. Im Herbst 2022 konnte der High-Tech Gründerfonds IV seine Investitionstätigkeit nach einem

sehr erfolgreichen Fundraising aufnehmen. Mit über 400 Millionen Euro bereits nach dem ersten Zeichnungsschluss steht der Fonds Start-ups beiseite, die in einem sich wandelnden Marktumfeld agieren. Als erfahrener und verlässlicher Partner wirkt er auch in schwächeren Marktphasen kontinuierlich als Stabilisator des Frühphasensegments des deutschen Wagniskapitalmarktes.

Kern des Erfolges soll auch bei der vierten Generation des Fonds die Zusammenarbeit mit privaten Investoren sein. Dem High-Tech Gründerfonds IV gehören neben den öffentlichen Partnern BMWK und KfW Capital Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen, insbesondere aus dem Mittelstand, an. Davon profitieren sowohl die Start-ups, die Kontakte und Kooperationen mit erfahrenen Unternehmen knüpfen und ausbauen, als auch die am High-Tech Gründerfonds beteiligten Unternehmen, die Einblicke in neue innovative Technologien erhalten.

Darüber hinaus stellt das BMWK mit dem High-Tech Gründerfonds IV frisches Kapital für die grüne Transformation bereit. Denn der High-Tech Gründerfonds fördert nicht nur innovative Technologien und Lösungen, die dazu beitragen, Treibhausgasemissionen zu reduzieren (u. a. in den Bereichen Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, alternative Kraftstoffe und nachhaltige Materialien), sondern unterstützt die grüne Transformation auch durch seine Netzwerk- und Multiplikatorfunktion im deutschen Start-up-Ökosystem.

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Dr. Benedikt Walter
Referat: Beteiligungs-, Mezzanine-
und Start-up-Finanzierung

schlaglichter@bmwk.bund.de

Mehr zum Thema:
<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Mittelstand/gruendungsfinanzierung-high-tech-gruenderfonds.html>

www.htgf.de



REACT with impact: Neues Förderprogramm für gemeinwohlorientierte Unternehmen und Social Startups

Gemeinwohlorientierte Unternehmen spielen bei der Transformation zu einer sozialen, nachhaltigen, grünen und digitalen Wirtschaft bereits heute eine wichtige Rolle. Menschen, die gründen oder Unternehmen führen und dabei das Erzielen einer positiven gesellschaftlichen Wirkung als zentralen Teil ihres Unternehmertums betrachten, sind auch wichtige Treiber für soziale Innovationen. Diese können einen wertvollen Beitrag für gesellschaftliche, ökologische und nachhaltige Veränderungsprozesse leisten.

BMWK UNTERSTÜTZT UNTERNEHMEN BEI PROFESSIONALISIERUNG UND KRISENRESILIENZ

Das BMWK unterstützt die meist kleinen und mittleren gemeinwohlorientierten Unternehmen mit dem neuen Förderprogramm „REACT with impact“, das neue, speziell zugeschnittene Möglichkeiten der Förderung bietet. Gefördert werden Beratungs- und Unterstützungsleistungen durch qualifizierte Beratungsunternehmen; Anträge können ab dem 20. Februar 2023 eingereicht werden. Um die Unternehmen zu entlasten, übernehmen autorisierte Beratungsunternehmen, die sich seit dem

1. Februar 2023 registrieren lassen können, die Antragstellung für die Förderung.

Antragsberechtigt sind gemeinwohlorientierte kleine und mittlere Unternehmen sowie Social Startups, die unter anderem die Kriterien der EU-KMU-Definition und der Social Business Initiative der Europäischen Kommission erfüllen. Ein zentrales Kriterium ist dabei, dass die Unternehmen und Startups mit ihrer Geschäftstätigkeit in erster Linie ein soziales oder ökologisches Ziel verfolgen und ihre Gewinne größtenteils reinvestieren. Die Rechtsform der Unternehmen spielt keine Rolle.

Interessierte gemeinwohlorientierte Unternehmen und Social Startups können sich mithilfe des Programms passgenau beraten lassen, betriebswirtschaftliche Kenntnisse und Fähigkeiten vertiefen und so ihr unternehmerisches Tun stärken. So können sich Unternehmen beispielsweise coachen lassen, wie sie für potenzielle Investments attraktiver werden können.

Finanziert wird das Förderprogramm mit Mitteln aus dem EU-Wiederaufbauinstrument REACT-EU, die bis Ende 2023 bereitstehen.

ERGÄNZENDER FÖRDERAUFRUF GEPLANT

Das Förderprogramm soll in Kürze durch einen Förderaufruf ergänzt werden. Dabei sollen die Stärkung des Ökosystems, Strukturen zur Vernetzung, Kooperation sowie Unterstützung und Verbreitung gemeinwohlorientierter Unternehmen im Fokus stehen.

Durch die Unterstützung sollen gemeinwohlorientierte Unternehmen, die soziale und ökologische Aspekte in den Vordergrund stellen, in ihrer Gesamtheit gestärkt und auch sichtbar werden: Denn Wirtschaft kann mehr als Wachstum. Dies stärkt nicht zuletzt die unternehmerische Vielfalt in Deutschland.

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Jasmin Khatami

Referat: Gemeinwohlorientierte Unternehmen, Sozialunternehmertum, ESF-Koordinierung

schlaglichter@bmwk.bund.de

Weitere Informationen sowie Wegweiser zu den Förderanträgen:

<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/nationale-strategie-fuer-sozialunternehmen-und-social-startups.html>

Termine

MÄRZ 2023

02.03.2023	WBF-Rat (Binnenmarkt/Industrie)
07.03.2023	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Januar 2023)
08.03.2023	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Januar 2023)
09./10.03.2023	Informelles Treffen der Handelsminister und -ministerinnen
13.03.2023	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im März“
13./14.03.2023	Eurogruppe/ECOFIN
16.03.2023	Umwelt-/Klimarat
23./24.03.2023	Europäischer Rat
28.03.2023	Energierat

APRIL 2023

05.04.2023	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Februar 2023)
06.04.2023	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Februar 2023)
14.04.2023	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im April“
18./19.04.2023	Informelles Treffen der Umwelt-/Klimaminister und -ministerinnen
28./29.04.2023	Informelle Treffen Eurogruppe/ ECOFIN

MAI 2023

05.05.2023	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (März 2023)
08.05.2023	Produktion im Produzierenden Gewerbe (März 2023)
15.05.2023	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Mai“
15./16.05.2023	Eurogruppe/ECOFIN
22./23.05.2023	WBF-Rat

K



KONJUNKTUR

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

in Deutschland im Februar 2023¹

IN KÜRZE

Zum Jahresende 2022 hat sich die Dynamik der deutschen Wirtschaft spürbar abgeschwächt. Im vierten Quartal 2022 ist das Bruttoinlandsprodukt um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen. Das Jahresergebnis wurde auf 1,8 % um ein Zehntel nach unten korrigiert. Vor allem der private Konsum und die Investitionen dürften sich im vierten Quartal schwächer entwickelt haben. Die Industrie wird weiterhin von hoher Unsicherheit und hohen Energiepreisen belastet.

Aktuelle Indikatoren belegen die erwartete wirtschaftliche Abschwächung im Winterhalbjahr 2022/23. Diese dürfte aber insgesamt mild ausfallen. Dennoch belasten die recht hohen Preissteigerungen, Unsicherheiten über die wirtschaftlichen Perspektiven und steigende Zinsen die konjunkturelle Entwicklung zu Jahresbeginn. Sie sorgen für eine Investitionszurückhaltung.

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich gemäß ifo Umfragen im Januar weiter aufgehellt. Fast alle Wirtschaftsbereiche waren zuversichtlicher als zuvor. Das ist ein weiteres Indiz dafür, dass die wirtschaftliche Abschwächung im Winter milde ausfallen dürfte.

Die Industrieproduktion erhielt zum Jahresende einen Dämpfer. Die Automobilindustrie konnte zwar merklich expandieren, aber in anderen Bereichen wie dem Maschinenbau ging die Ausbringung derweil deutlich zurück. Bei den Auftragsengängen im Verarbeitenden Gewerbe setzte sich im Dezember indes der seit Februar letzten Jahres zu beobachtende Abwärtstrend erst einmal nicht weiter fort.

Das Weihnachtsgeschäft ist im Einzelhandel schwach ausgefallen. Die Umsätze sind im Dezember gegenüber dem Vormonat deutlich zurückgegangen. Bei der Stimmung unter den Verbrauchern hielt der positive Trend hingegen an.

Die Inflationsrate lag im Januar mit voraussichtlich +8,7 % weiter spürbar unter den Höchstständen zum Jahresende 2022. Auch auf den vorgelagerten Absatzstufen war in den letzten Monaten in Anbetracht nachlassender Energiepreise eine gewisse Entspannung zu beobachten.

Der Arbeitsmarkt bleibt ungeachtet der wirtschaftlichen Abschwächung angespannt. Der Beschäftigungsaufbau hat sich zuletzt weiter fortgesetzt, die Zahl der Arbeitslosen fiel saisonbereinigt. Frühindikatoren deuten auf eine steigende Einstellungsbereitschaft und eine weiter abnehmende Arbeitslosigkeit hin.

SCHWACHER JAHRESAUSGANG, GEDÄMPFTE PERSPEKTIVEN ZU JAHRESBEGINN

Die deutsche Wirtschaftsleistung ist im Schlussquartal 2022 gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts gegenüber dem Vorquartal leicht um 0,2 % zurückgegangen. Damit stellte sich die wirtschaftliche Dynamik zum Jahresende etwas schwächer dar als zunächst angenommen. Entsprechend wurde vom Statistischen Bundesamt auch das BIP-Jahresergebnis 2022 auf 1,8 % korrigiert. Vor allem der private Konsum und die Investitionen dürften sich im vierten Quartal schwächer entwickelt haben. Bei den privaten Haushalten dämpfen die Preissteigerungen und die damit verbundenen Kaufkraftverluste. Das wirkt sich auch auf die konsumnahen Dienstleistungsbereiche aus. Angesichts der unsicheren wirtschaftlichen Perspektiven und steigenden Zinsen könnten auch Investitionsprojekte zunächst zurückgestellt werden.

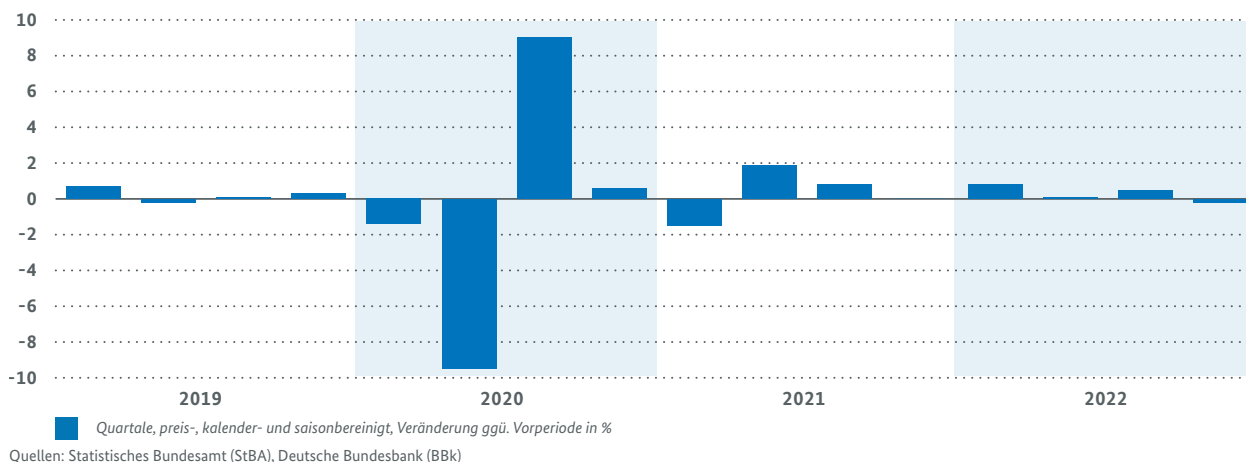
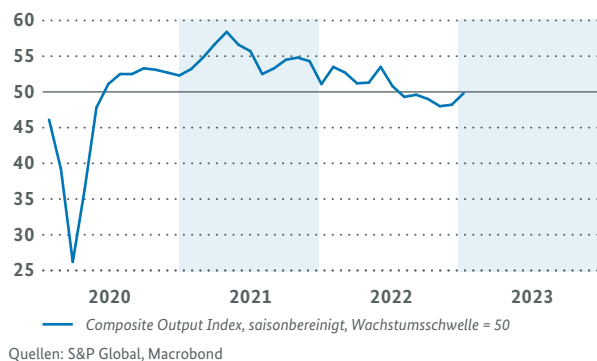
Die Lage in der Industrie hat sich zum Jahresende spürbar abgeschwächt. Besonders die energieintensiven Branchen drosselten abermals ihre Produktion. Im Baugewerbe dürften sich neben der kalten Witterung Mitte Dezember auch die steigenden Zinsen und weiterhin hohen Materialkosten negativ ausgewirkt haben. Positive Signale kommen von den zuletzt gestiegenen Auftragsengängen in der Industrie, den laut Umfragen optimistischeren Geschäftsaussichten in allen Branchen sowie von den abnehmenden Materialengpässen. Zusammen mit den immer noch gut gefüllten Auftragsbüchern deutet dies darauf hin, dass es im Winterhalbjahr 2022/23 zwar zu einer spürbaren wirtschaftlichen Abschwächung kommt, die allerdings nicht gravierend ausfallen dürfte.

ABKÜHLUNG IN DER WELTWIRTSCHAFT

Aktuelle Indikatoren zeigen eine insgesamt schwache Entwicklung des globalen Umfeldes. Der Welthandel nahm im November spürbar um 2,5 % gegenüber dem Vormonat ab, nachdem es bereits im Oktober zu einer Abnahme um 1,4 % gekommen war. Die weltweite Industrieproduktion verringerte sich um 0,2 % (Oktober: -0,8 %). Die Stimmungsindikatoren am aktuellen Rand sprechen für eine weiterhin verhaltene Entwicklung in den kommenden Monaten.



¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Februar 2023 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

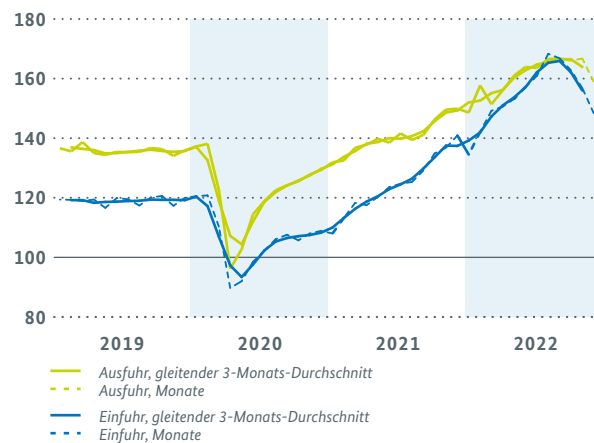
BRUTTOINLANDSPRODUKT**EINKAUFSMANAGERINDEX WELT
S&P GLOBAL****MARKANTER RÜCKGANG BEI EX- UND IMPORTEN**

Der nominale Wert aller Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen hat sich im Berichtsmonat Dezember gegenüber dem Vormonat deutlich verringert (-4,9%). Auch die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen wiesen in nominaler Rechnung einen starken Rückgang auf (-5,7%). Im Gegensatz zu den Vormonaten ist der deutliche Rückgang bei den Aus- und Einfuhren nicht vorrangig durch die Preisentwicklung getrieben. Die Ausfuhrpreise blieben im Vormonatsvergleich mit einer Veränderungsrate von +0,1% nahezu konstant, die Einfuhrpreise gaben mit -1,6% leicht nach. Der größte Teil des nominalen Rückgangs bei den Aus- und Einfuhren dürfte daher in realer Rechnung bestehen bleiben.

Die aktuelle Schwäche der Weltwirtschaft ist im deutschen Außenhandel angekommen. Bei den Ausfuhren wurden leichte Gewinne in den Vormonaten durch den schlechten Dezember vollends aufgezehrt. Allerdings bedeuten die weiterhin fallenden Importpreise eine leichte Verbesserung der Terms of Trade der deutschen Volkswirtschaft. Der monatliche Handelsbilanzüberschuss stieg im Dezember erneut und lag mit 10,6 Mrd. Euro etwas über dem Niveau des Vormonats. Auf dem Höhepunkt der Energiepreiskrise im August hatte die Handelsbilanz noch mit einem negativen Saldo von 1,6 Mrd. Euro abgeschlossen.

EIN- UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)

in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt



AUSSENHANDEL*

	3.Q.	4.Q.	Okt.	Nov.	Dez.
WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung ggü. Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
AUSFUHR	3,3	-1,0	-0,3	0,3	-4,6
EINFUHR	7,6	-5,6	-2,4	-3,7	-5,4
AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung ggü. Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
AUSFUHR	17,9	10,6	11,7	14,0	5,9
Eurozone	19,0	10,5	11,0	14,0	6,1
EU Nicht-Eurozone	16,3	8,8	11,3	13,1	1,3
Drittländer	17,5	11,4	12,3	14,3	7,4
EINFUHR	32,0	12,8	19,9	15,5	3,2
Eurozone	22,9	5,0	12,0	4,7	-1,7
EU Nicht-Eurozone	22,1	12,4	18,2	13,0	5,7
Drittländer	42,3	18,9	26,6	24,7	5,8

* Angaben in jeweiligen Preisen

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Der Ausblick für den Außenhandel bleibt aufgrund des weltwirtschaftlichen Abschwungs verhalten. Der Stimmungskindikator von S&P Global legte zwar im Januar zum zweiten Mal in Folge leicht zu, er befindet sich mit 49,8 Punkten jedoch weiterhin knapp unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Im Dienstleistungsbereich war die Stimmung besser als im Verarbeitenden Gewerbe. Die ifo Exporterwartungen konnten im Januar auf niedrigem Niveau leicht zulegen. Sie liegen jetzt bei +4,3 Saldenpunkten. Zum Vergleich: Vor Ausbruch des Kriegs in der Ukraine lag der Index noch bei rund 15 Saldenpunkten. Eine positive Nachricht ist, dass sich die Erholung bei den Materialengpässen weiter fortsetzt. So gaben in der ifo Umfrage vom Dezember nur noch 50,7 % der Unternehmen an, von Knappheiten bei Vorprodukten betroffen zu sein. Im Vormonat waren es noch 59,3 %. Auch die Containerfrachtraten auf der Verbindung Asien – Europa sind mittlerweile fast wieder auf Vorkrisenniveau gefallen.

DIE INDUSTRIEPRODUKTION ERHÄLT DÄMPFER ZUM JAHRESENDE, AUSSICHTEN ABER POSITIV

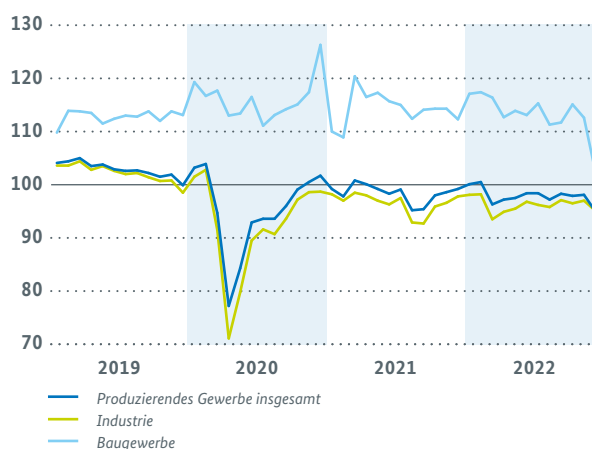
Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Dezember gegenüber dem Vormonat spürbar zurückgegangen (-3,1 %). Insbesondere der Ausstoß im Baugewerbe sank vor allem wegen der kalten Witterung Mitte Dezember kräftig (-8,0 %). In der Industrie kam es zu einem Minus von 2,1 %. Der Bereich Energie und Wasserversorgung war nach einer Erholung im Vormonat wieder rückläufig (-2,3 %).

In den einzelnen Industriebranchen verlief die Entwicklung der Produktion differenziert: Zwar konnte der gewichtige

Bereich Kfz und Kfz-Teile auch im Dezember merklich expandieren (+3,3 %), der ähnlich große Maschinenbau ging derweil allerdings deutlich zurück (-3,8 %). Die besonders energieintensiven Wirtschaftszweige entwickelten sich am Jahresende unterdurchschnittlich. Insbesondere die Herstellung chemischer Erzeugnisse (-11,2 %) sowie der Bereich Papier und Pappe (-7,6 %) waren stark rückläufig. Die Herstellung pharmazeutischer Erzeugnisse konnte hingegen mit +12,9 % kräftig zulegen.

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

INDUSTRIEVeränderung ggü. Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	3.Q.	4.Q.	Okt.	Nov.	Dez.
PRODUKTION					
Insgesamt	0,5	0,0	-0,5	0,7	-2,1
Vorleistungsgüter	-2,1	-4,0	-2,0	0,9	-5,8
Investitionsgüter	3,1	3,9	1,6	0,9	0,0
Konsumgüter	-0,4	-1,2	-3,1	-0,1	0,3
UMSÄTZE					
Insgesamt	1,9	1,3	-0,5	2,5	-1,7
Inland	0,2	0,0	-1,6	3,0	-2,8
Ausland	3,6	2,4	0,5	1,9	-0,7
AUFTRAGSEINGÄNGE					
Insgesamt	-1,2	-4,0	0,6	-4,4	3,2
Inland	-5,0	-0,6	-1,7	-0,5	5,7
Ausland	1,5	-6,1	2,2	-6,9	1,2
Vorleistungsgüter	-1,9	-1,5	-0,8	-0,5	9,7
Investitionsgüter	0,7	-5,9	2,6	-7,4	0,0
Konsumgüter	-10,4	-1,5	-6,5	-0,4	-3,3

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)



Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind im Dezember gegenüber dem Vormonat um 3,2 % gestiegen. Damit setzten die Bestellungen ihren seit Februar letzten Jahres zu beobachtenden Abwärtstrend nicht weiter fort. Ohne Großaufträge kam es zu einem leichten Rückgang um 0,6 %. Insgesamt lagen die Bestellungen zuletzt in arbeitstäglich bereinigter Rechnung 10,1 % unter ihrem Niveau im Vorjahresmonat. Im Vormonatsvergleich haben sowohl die Inlands- als auch die Auslandsnachfrage zugelegt (+5,7 % bzw. +1,2 %). Besonders kräftig nahmen dabei die Bestellungen aus dem Euroraum mit 9,8 % zu, während aus dem Nicht-Euroraum 3,8 % weniger Aufträge eingingen.

Die Stimmung in der deutschen Industrie hat sich im Januar erneut aufgehellt. Die Geschäftserwartungen waren merklich weniger pessimistisch und die Beurteilung der aktuellen Lage verbesserte sich. Dies sowie die gut gefüllten Auftragsbücher und die abnehmenden Materialengpässe deuten auf eine insgesamt recht milde wirtschaftliche Abschwächung im Winterhalbjahr hin.

Einzelhandelsumsatz zuletzt spürbar schwächer

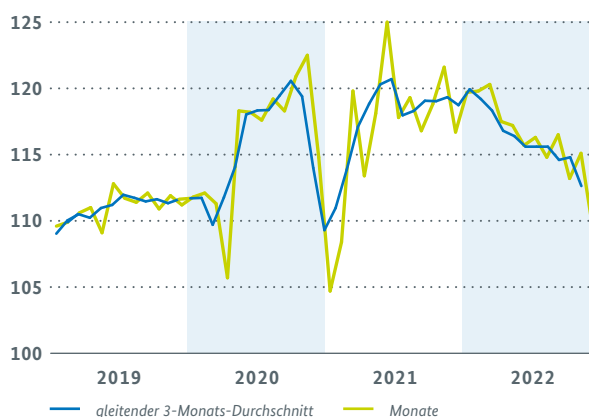
Die Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz haben sich im Dezember trotz Weihnachtsgeschäft gegenüber dem Vormonat um 4,9 % verringert. Im Vergleich zum Dezember 2021 meldete der Einzelhandel ein (reales) Umsatzminus von 6,2 %, was zu einem beträchtlichen Teil auch die hohen Preissteigerungen im Einzelhandel, insbesondere für Lebensmittel, widerspiegelt. So kam es in nominaler Rechnung, also ohne Preisbereinigung, binnen Jahresfrist zu einem Umsatzplus von 4,5 %. Der Handel mit Lebensmitteln verzeichnete im Dezember im Vergleich zum Vormonat ein reales Umsatzminus von 4,0 % (ggü. Vorjahresmonat -8,3 %). Der Handel ohne Nahrungsmittel ging um 3,3 % zurück (ggü. Vorjahresmonat +2,9 %). Der Internet- und Versandhandel verbuchte im Dezember eine Abnahme um 4,7 % (ggü. Vorjahresmonat -7,9 %). Im Gesamtjahr 2022 gingen die Umsätze im Einzelhandel gegenüber dem Vorjahr um 0,7 % zurück. Besonders kräftig fiel das Umsatzminus im Internet- und Versandhandel aus (-8,3 %). Im Vergleich zu der Zeit vor der Corona-Krise (Dezember 2019) sank der Umsatz um 1,9 %.

Die Neuzulassungen von Pkw durch private Halter sind im Januar sehr kräftig um 39,8 % gefallen, nachdem sie allerdings im November und Dezember um 14,6 % bzw. 21,5 % zugelegt hatten. Die Entwicklung zum Jahresende hin dürfte stark durch die Reduzierung bzw. das Auslaufen der Förderung von E-Autos und Pkw mit Hybrid-Antrieb geprägt worden sein.

Das Klima bei den privaten Verbrauchern hat sich zum Jahresanfang 2023 weiter aufgehellt. Laut dem GfK Konsum-

Einzelhandelsumsatz ohne Handel mit Kfz

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

klima ist im Februar mit der vierten Verbesserung in Folge zu rechnen. Die Stimmung unter den Verbrauchern liegt zwar noch auf einem niedrigen Niveau, aber es ist ein positiver Trend sichtbar. Dass der starke Pessimismus wieder nachgelassen hat, dürfte nicht zuletzt auch auf die Stabilisierungsmaßnahmen der Bundesregierung zurückzuführen sein, die neben den gesunkenen Preisen an den Märkten wieder für niedrigere Energiekosten gesorgt haben. Auch beim ifo Geschäftsklima im Einzelhandel setzte sich im Januar die positive Tendenz fort. Dies gilt sowohl für die Beurteilung der aktuellen Lage, die per Saldo nur noch leicht negativ war, als auch für die Geschäftserwartungen.

Inflationsrate bleibt unter 10 %

Die Inflationsrate, d. h. der Anstieg des Preisniveaus binnen Jahresfrist, lag im Januar voraussichtlich bei 8,7 %. Gegenüber dem Vormonat erhöhten sich die Verbraucherpreise im Januar damit um 1,0 %. Das Statistische Bundesamt hat mit dem Berichtsmontat Januar 2023 eine turnusmäßige Revision auf das neue Basisjahr 2020 vollzogen. Wie üblich, wurden noch keine Ergebnisse für einzelne Gütergruppen ausgewiesen. Außerdem ist ein Vergleich der jetzt bekannt gegebenen Werte für den Januar 2023 mit den Zeitreihen auf Basis des Warenkorbs aus dem Jahr 2015 nur bedingt sinnvoll.

Durch die ab Januar wirksam werdenden Gas- und Strompreisbremsen sollten im weiteren Jahresverlauf die Höchststände aus dem letzten Jahr mit Inflationsraten von über 10 % überwunden sein. Dafür spricht auch, dass auf den vorgelagerten Absatzstufen in den letzten Monaten in Anbetracht nachlassender Energiepreise eine gewisse Entspannung zu beobachten war. So hat sich der Preisauftrieb auf Erzeugerebene im Dezember im Vormonatsvergleich zum dritten



Mal in Folge abgeschwächt (-0,4 %, November: -3,9 %; Oktober: -4,2 %), v. a. weil die Energiepreise gegenüber Vormonat zurückgegangen sind (-1,0 %, November: -9,6 %; Oktober: -10,4 %). Die Großhandelsverkaufspreise verringerten sich im Dezember ebenfalls im Vergleich zum November (-1,6 %). Im Vorjahresvergleich stiegen sie aber noch um 12,8 %. Ähnlich verhielt es sich mit den Importpreisen im Dezember (-1,6 % ggü. Vormonat; +12,6 % ggü. Vorjahr).

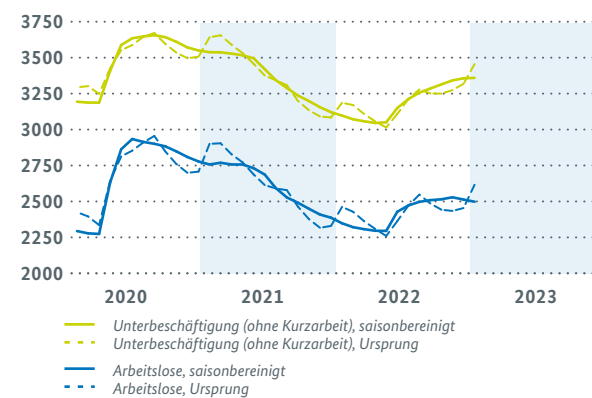
Die Bundesregierung geht in ihrer Jahresprojektion vom 25. Januar für das Jahr 2023 von einem Verbraucherpreisanstieg um 6,0 % aus. Die Gas- und Strompreisbremsen federn die verzögerte Weitergabe der höheren Beschaffungspreise durch die Energieversorger an die privaten Haushalte ab, auch schon rückwirkend für Januar und Februar.

AUSSICHTEN AM ARBEITSMARKT HELLEN SICH WEITER AUF

Trotz der wirtschaftlichen Abschwächung zum Jahreswechsel verläuft die Entwicklung am Arbeitsmarkt insgesamt positiv: Der zu Jahresanfang übliche Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit fiel vergleichsweise gering aus, so dass es in saisonbereinigter Rechnung zu einem Rückgang um 15.000 Personen kam. Die Erwerbstätigkeit legte im Dezember weiter zu (+24.000 Personen). Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gab es im November ebenfalls ein merkliches Plus (+30.000 Personen). Die Inanspruchnahme der Kurzarbeit erhöhte sich im November auf rund 210 Tausend Personen. Sie dürfte im Dezember auf erhöhtem Niveau geblieben sein.

Die Frühindikatoren haben sich derweil merklich aufgehellt. Die Zahl der gemeldeten Stellen hat sich stabilisiert. Die Arbeitsmarktarometer von ifo und IAB deuten auf eine steigende Einstellungsbereitschaft und eine weiter abnehmende Arbeitslosigkeit hin. Im konsumnahen Handel sind die Aussichten zwar noch verhalten, aber auch hier haben sich die Beschäftigungsaussichten deutlich verbessert. Tatsächlich ist mittlerweile der Arbeitskräftemangel in vielen Betrieben das drängendere Problem. Der Arbeitskräfteknappheits-Index des IAB stieg im Januar auf einen neuen Rekordstand.

ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Deutsche Bundesbank (BBk)

ARBEITSMARKT

Arbeitslose (SGB II und III)

	3.Q.	4.Q.	Nov.	Dez.	Jan.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,501	2,443	2,434	2,454	2,616
ggü. Vorjahr in 1.000	-43	102	117	124	154
ggü. Vorperiode in 1.000*	153	26	14	-16	-15
Arbeitslosenquote	5,5	5,3	5,3	5,4	5,7

ERWERBSTÄTIGE (Inland)

	3.Q.	4.Q.	Okt.	Nov.	Dez.
in Mio. (Ursprungszahlen)	45,7	45,9	46,0	46,0	45,8
ggü. Vorjahr in 1.000	514	492	523	495	458
ggü. Vorperiode in 1.000*	38	107	40	36	24

SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE

	2.Q.	3.Q.	Sep.	Okt.	Nov.
in Mio. (Ursprungszahlen)	34,4	34,6	34,9	34,9	34,9
ggü. Vorjahr in 1.000	673	579	572	522	477
ggü. Vorperiode in 1.000*	103	77	40	6	30

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

BIP NOWCAST FÜR DAS ERSTE QUARTAL 2023

IN KÜRZE

Der Nowcast für die saison- und kalenderbereinigte Veränderungsrate des BIP beträgt +0,4 % für das erste Quartal 2023 (Stand 13. Februar).¹

Das Prognosemodell des Nowcast schätzt für das erste Quartal 2023 derzeit einen preis-, saison- und kalenderbereinigten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorquartal von 0,4 %. Der Nowcast liefert eine täglich aktualisierte, rein technische, zeitreihenanalytische Prognose der Wirtschaftsleistung unabhängig von der Einschätzung der Bundesregierung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Erste amtliche Ergebnisse zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das erste Quartal 2023 werden vom Statistischen Bundesamt Ende April 2023 veröffentlicht.

Die Abbildung veranschaulicht die Entwicklung des Nowcast im Zeitverlauf: Für das erste Quartal 2023 beschreibt der Nowcast seit Erstveröffentlichung einen Aufwärtstrend. Bei erstmaliger Berechnung Anfang Oktober belief sich der Schätzwert auf -0,6 %. Mitte November leitete die Bodenbildung bzw. Verbesserung deutscher Stimmungsindikatoren den Anstieg ein. Bis Jahresende hoben die positiven Nachrichten zu Industrieproduktion und -umsätzen sowie zum Außenhandel im Berichtsmonat Oktober den Nowcast knapp unter die +0,6 %-Marke. Am Jahresanfang war er wegen der im Berichtsmonat November stark rückläufigen Auftragseingänge in Deutschland zunächst wieder etwas

gefallen. Ende Januar führten dann positive Umfragedaten zu den Geschäftsaussichten der Unternehmen und dem Konsumklima der Verbraucherinnen und Verbraucher zu einem Anstieg des Nowcast auf zeitweise +0,8 %. Anfang Februar enttäuschten die Daten zur rückläufigen Produktion in Industrie und Baugewerbe, was zu einem Rückgang des Schätzwertes auf nun +0,4 % führte.

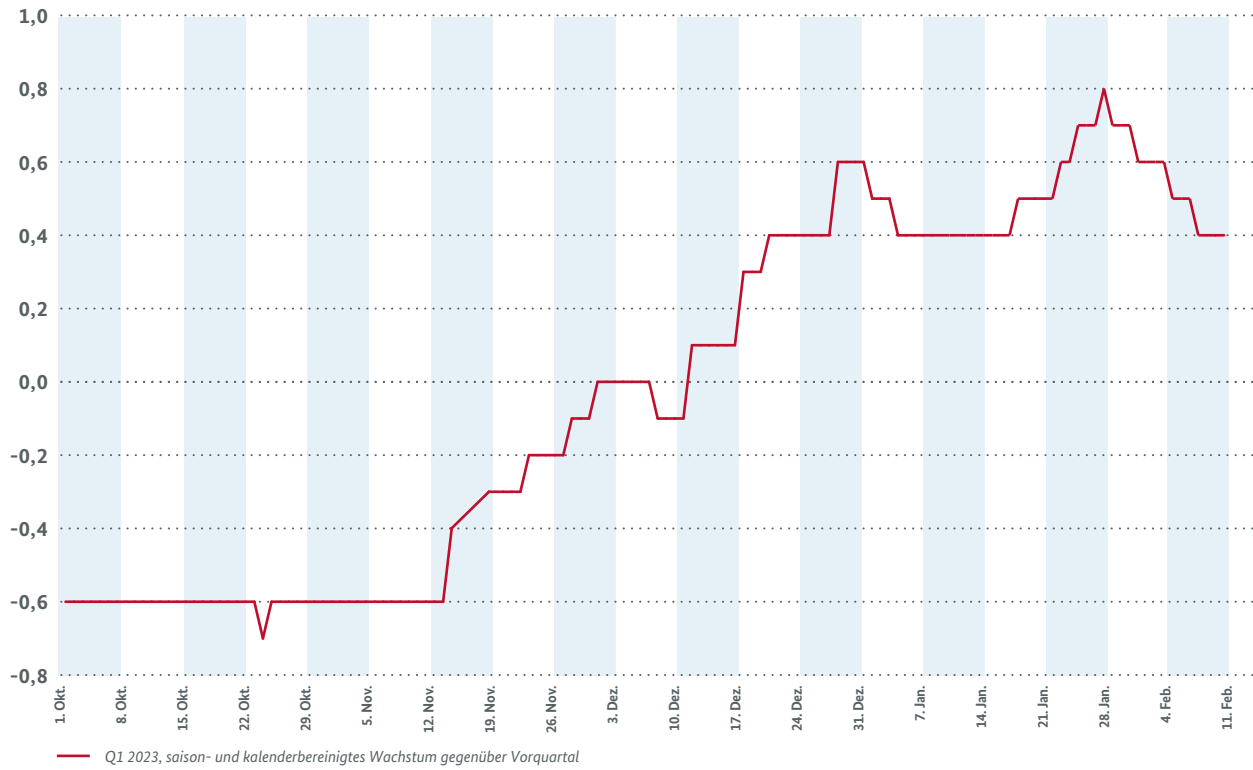
Der Nowcast zum ersten Quartal 2023 erscheint insgesamt recht optimistisch. Zwar deuten die Stimmungsindikatoren am aktuellen Rand auf eine Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung hin, „harte“ Indikatoren wie die Industrieproduktion oder der Bau zeigen aber aufgrund von hohen Energie- und Materialpreisen auf eine schwache wirtschaftliche Dynamik zum Jahreswechsel hin. Hinzu kommt, dass das Statistische Bundesamt zuletzt das Jahresergebnis 2022 abwärts korrigiert hat, was die Ausgangslage für das Jahresanfangsquartal eher verschlechtert. Insgesamt ist mit einer schwachen konjunkturellen Dynamik in den kommenden Monaten zu rechnen.

DAS MODELL

Das Modell zur Prognose des deutschen Bruttoinlandsprodukts wird von Now-Casting Economics Ltd. betrieben. Der hier veröffentlichte Nowcast ist eine rein technische, modellbasierte Prognose. Die Schätzungen sind mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet, die mit Modellprognosen immer einhergeht. Es handelt sich bei dem Nowcast weder um die Prognose des BMWK noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung.



¹ Für nähere Erläuterungen zur Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senftleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Juli 2019, Seite 12-15, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senftleben und Strohsal (2020): „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323.

ENTWICKLUNG DES BIP NOWCAST FÜR DAS 1. QUARTAL 2023 IN %

Quelle: Now-Casting Economics Ltd.

DIE LAGE DER WELTWIRTSCHAFT ZUM JAHRESANFANG 2023

KURZFRISTIGE ERHOLUNG IN EINEM GEDÄMPFTEN UMFELD

Die Aussichten für die weltwirtschaftliche Entwicklung bleiben gedämpft. Nach wie vor prägen die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, die hohe Inflation sowie – wenn auch in immer geringerem Maße – die Covid-19-Pandemie das Bild. Diesem Gegenwind zum Trotz zeigten sich viele Volkswirtschaften im zweiten Halbjahr 2022 überraschend resilient: Hierzu trugen laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vor allem der private Konsum, Ausrüstungsinvestitionen und staatliche Unterstützungsmaßnahmen bei. Die Nachfrage privater Haushalte sei hoch geblieben, auch weil während der Corona-Krise gebildete Ersparnisse genutzt werden konnten, um aufgestaute Nachfrage nachzuholen. Staatliche Entlastungsmaßnahmen stützten den Konsum zusätzlich. Unternehmen investierten, um die hohe Nachfrage bedienen zu können, was durch zurückgehende Lieferkettenengpässe erleichtert worden sei. Schließlich hätten sich die Energiemärkte schneller als erwartet auf die neue Situation nach Beginn des russischen Angriffs auf die

Ukraine eingestellt. Seit dem Spätsommer 2022 sinken die Energiepreise wieder, unter anderem auch dank eines milden Winters und dank Gaseinsparbemühungen in Europa. In China wurden Ende des Vorjahres unerwartet plötzlich die Beschränkungen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie gelockert.

In der Folge haben sich die Aussichten für die Weltwirtschaft trotz Leitzinsanhebungen leicht aufgehellt. Der IWF erwartet nunmehr eine Wachstumsrate für die Weltwirtschaft in Höhe von 2,9% im Jahr 2023 und von 3,1% im Jahr 2024 (s. Tabelle 1). Im Vergleich zur letzten Prognose vom Oktober 2022 ist das für 2023 eine Aufwärtsrevision von 0,2 Prozentpunkten, für 2024 eine Abwärtsrevision um 0,1 Prozentpunkte. Die Weltwirtschaft ist damit weit entfernt von einer Rezession auf globaler Ebene. Allerdings sinkt das Wachstum im Vergleich zum Jahr 2022 nochmals deutlich um 0,5 Prozentpunkte und die Wachstumsraten bleiben klar unterhalb des langjährigen Durchschnitts von 3,8% der Jahre 2000 bis 2019. Der Rückgang der weltwirtschaftlichen Dynamik geht dabei insbesondere auf die Industriestaaten zurück: Nach 2,7% Wachstum im letzten Jahr wird für die-

TABELLE 1: WACHSTUMSPROGNOSEN DES IWF UND IHRE ANPASSUNGEN

	Projektion		Revision ggü. Oktober 2022	
	2023	2024	2023	2024
WELT	2,9	3,1	0,2	-0,1
Industrieländer	1,2	1,4	0,1	-0,2
USA	1,4	1,0	0,4	-0,2
Japan	1,8	0,9	0,2	-0,4
Kanada	1,5	1,5	0,0	-0,1
Eurozone	0,7	1,6	0,2	-0,2
Deutschland	0,1	1,4	0,4	-0,1
Frankreich	0,7	1,6	0,0	0,0
Italien	0,6	0,9	0,8	-0,4
Spanien	1,1	2,4	-0,1	-0,2
Großbritannien	-0,6	0,9	-0,9	0,3
Schwellen-/Entwicklungsländer	4,0	4,2	0,3	-0,1
Russland	0,3	2,1	2,6	0,6
China	5,2	4,5	0,8	0,0
Brasilien	1,2	1,5	0,2	-0,4
Mexiko	1,7	1,6	0,5	-0,2
Indien	6,1	6,8	0,0	0,0
Subsahara-Afrika	3,8	4,1	0,1	0,0

Quelle: IWF



ses Jahr nur noch eine Wachstumsrate in Höhe von 1,2 % erwartet. Anders in den Schwellen- und Entwicklungsländern: Diese Ländergruppe hat nach Berechnungen des IWF die Talsohle des Wachstums bereits im Jahr 2022 erreicht. Entsprechend werde ab 2023 eine sehr leichte Erholung erwartet – auch ein Resultat der Öffnung der Wirtschaft in China nach der Pandemie. In 2023 könnten mehr als 50 % des Wachstums der Weltwirtschaft auf China und Indien zurückgeführt werden.

WELTHANDEL: SINKENDE DYNAMIK TROTZ ENTSPANNUNG DER LIEFERKETTENENGPÄSSE

Für das Welthandelsvolumen prognostiziert der IWF für das Jahr 2023 lediglich ein Wachstum von 2,2 %, bevor im Jahr 2024 wieder eine leichte Erholung mit einem Wachstum von 3,3 % erwartet wird. Zum Vergleich: In 2021 ist das Handelsvolumen um 10,4 % gewachsen, in 2022 immerhin noch um 5,6 %. Die sinkenden Wachstumsraten des Welthandels sind insbesondere durch das schwache weltwirtschaftliche Umfeld erklärbar. Die UNCTAD verweist neben dem verhaltenen Weltwirtschaftswachstum auf die negativen Auswirkungen von gestiegenen Preisen und Zinsen. Lieferkettenengpässe spielen hingegen nicht mehr so eine große Rolle: Der Global Supply Chain Pressure Index der Federal Reserve Bank of New York ist in den letzten Monaten gesunken und verharrt in etwa auf diesem Niveau. Dem Kiel Trade Indicator zufolge gibt es keine auffälligen Staus in der Containerschifffahrt. Der Containerumschlag-Index des RWI zeigt, dass der Containerumschlag insbesondere in chinesischen Häfen kräftig gestiegen ist und damit auch Lieferkettenengpässe bei Vorprodukten weiter zurückgehen dürften (s. Abb. 1).

ERSTE ERFOLGE BEI DER INFLATIONSBEKÄMPFUNG

Weiterhin prägen hohe Inflationsraten das Bild – ein Resultat von Nachfrageschocks und gestörten Lieferketten im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie und Preissteigerungen insbesondere für Energie und Lebensmittel als Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Um dem anhaltenden Inflationsdruck Einhalt zu gebieten, haben die Zentralbanken in den vergangenen Monaten ihre Geldpolitik deutlich gestrafft und die Leitzinsen erhöht (s. Abb. 2). Es ist davon auszugehen, dass hohe und ggf. noch weiter ansteigende Leitzinsen das wirtschaftliche Umfeld mindestens bis in das nächste Jahr hinein prägen werden.

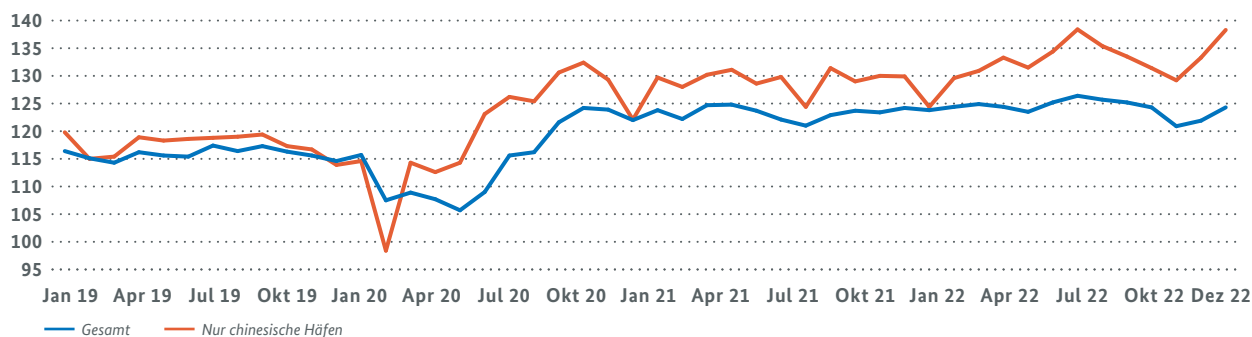
Nach Einschätzung des IWF ist der Höhepunkt der Verbraucherpreisinflation aber in der großen Mehrzahl der Länder (84 %) erreicht, ab 2023 wird ein Rückgang der Inflationsraten erwartet. Konkret seien die Verbraucherpreise im Jahr 2022 global um 8,8 % im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. In den kommenden Jahren seien mit 6,6 % in diesem und 4,3 % im nächsten Jahr zwar niedrigere, aber immer noch weit über den vor der Pandemie üblichen Werten (3,5 % in den Jahren 2017–2019) liegende Inflationsraten zu erwarten. In den Industrieländern sinke die Verbraucherpreis-inflation dabei von durchschnittlich 7,3 % im Jahr 2022 auf 4,6 % im Jahr 2023 bzw. 2,5 % im Jahr 2024. Die Schwellen- und Entwicklungsländer könnten auch mit abnehmenden Inflationsraten rechnen: von 9,9 % im Jahr 2022 auf 8,1 % in diesem und 5,5 % im kommenden Jahr.

Die sinkenden Inflationsraten seien unter anderem das Resultat fallender Energie- und Rohstoffpreise, auch infolge

ABB. 1: RWI/ISL-CONTAINERUMSCHLAG-INDEX (SAISONBEREINIGT)

Gestiegener Containerumschlag deutet auf weitere Entspannung der Lieferkettenengpässe hin

Indexpunkte (2015 = 100)



Quelle: RWI/ISL



ABB. 2: LEITZINSEN IN AUSGEWÄHLTEN INDUSTRIE- UND SCHWELLENLÄNDERN

Zahlreiche Industrie- und Schwellenländer erhöhen die Leitzinsen ...

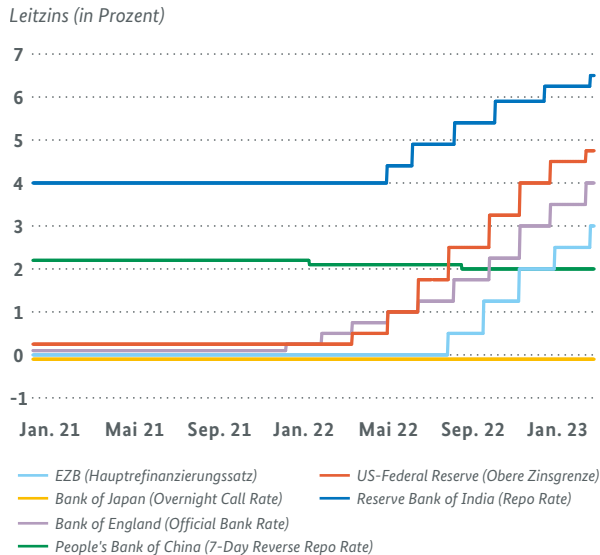
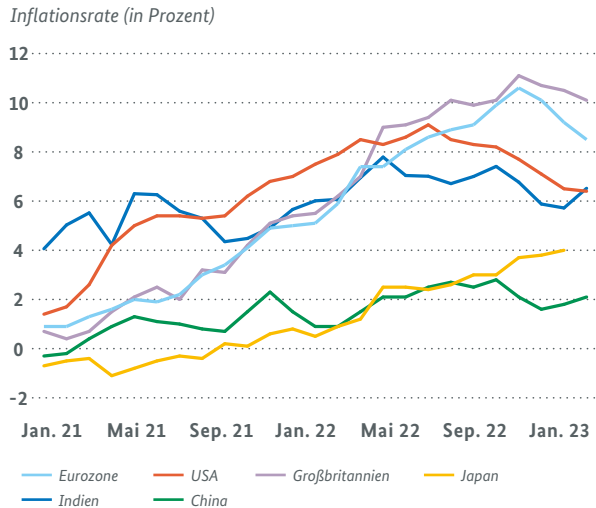


ABB. 3: VERBRAUCHERPREISE IN AUSGEWÄHLTEN INDUSTRIE- UND SCHWELLENLÄNDERN (PROZENTUALE VERÄNDERUNG ZUM VORJAHR)

... und die Inflationsrate ist vielerorts wieder rückläufig oder stagniert



der weltwirtschaftlichen Abkühlung. So seien die Preise für Strom und Gas gegen Ende des Jahres 2022 insbesondere im Euroraum, den USA und Lateinamerika gesunken. Gleichzeitig zeigten sich die Auswirkungen der geldpolitischen Straffung im Zeitablauf und insbesondere ab dem Jahr 2024 immer deutlicher. Im Nachlauf zum Rückgang der Verbraucherpreisinflation erwartet der IWF daher auch einen Rückgang der globalen Kerninflation (Inflationsrate ohne Energie- und Lebensmittelpreise) von 6,9% Ende 2022 auf 4,5% Ende des Jahres 2023. Insbesondere in den Industrieländern bleibe die Kerninflationsrate aber vorerst deutlich über dem Wert vor der Pandemie – unter anderem weil aufgrund der angespannten Arbeitsmärkte ein robustes Lohnwachstum stattfinde und Zweitrundeneffekte zum Tragen kämen. Entsprechend signalisierten die Zentralbanken, den restriktiven geldpolitischen Kurs länger beizubehalten, auch um die Verankerung der Inflationserwartungen sicherzustellen.

UNTERSCHIEDLICHE HERAUSFORDERUNGEN IN EINZELNEN LÄNDERN UND REGIONEN

Für die **USA** erwartet der IWF einen Rückgang des Wirtschaftswachstums von 2,0% im Jahr 2022 auf 1,4% im Jahr 2023 und 1,0% im Jahr 2024. Gegenüber der IWF-Prognose im Oktober 2022 entspricht dies einem Zuschlag von 0,4 Prozentpunkten für dieses und einem Abschlag von 0,2 Prozentpunkten für nächstes Jahr. Hintergrund für diese Anpassungen: Die Haushalte würden vermehrt auf die

über die Krisenjahre angestauten Ersparnisse zurückgreifen und der Konjunktur damit einen Auftrieb verleihen, der sich bis in den Anfang dieses Jahres ziehe. Zudem herrsche nahezu Vollbeschäftigung. Gleichzeitig sei vor dem Hintergrund weiterhin hoher, wenn auch sinkender Inflationsraten (Jahresdurchschnitt 2022: 8,0%; Dezember 2022: 6,5%) die Beibehaltung des straffen geldpolitischen Kurses zu erwarten, gegebenenfalls sogar mit weiteren Leitzinserhöhungen, um das Inflationsziel von 2% wieder zu erreichen. Am 1. Februar entschied die Fed, den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf den Korridor 4,5 und 4,75% zu erhöhen. Insbesondere ab dem zweiten Quartal 2023 dürften sich nach Expertenmeinung die bremsenden Effekte dieser Geldpolitik deutlicher zeigen. Die Belastungen für den Immobilienmarkt dürften durch höhere Hypothekenzinsen steigen; ebenso dürfte die allgemeine Konsum- und Investitionsnachfrage abnehmen.

Nachdem sich das Wirtschaftswachstum in **China** im letzten Jahr mit einer BIP-Veränderung von lediglich 3% – dem niedrigsten Wachstum seit mehr als vier Jahrzehnten – dramatisch entschleunigte, prognostiziert der IWF für die Jahre 2023 und 2024 mit 5,2% und 4,5% BIP-Wachstum eine Erholung. Grund sei vor allem die Lockerung der Mobilitätsbeschränkungen, die im Rahmen der früheren Null-Covid-Strategie zum Einsatz kamen. Mittelfristig seien u. a. aufgrund ungelöster struktureller Reformen im Land, einer negativen demografischen Entwicklung sowie einer sinkenden Dynamik chinesi-



scher Unternehmen eher moderate Wachstumsraten in der Nähe von 4 % zu erwarten. Nicht alle Experten teilen die sehr positive kurzfristige Einschätzung des IWF. So geht beispielsweise Oxford Economics von einem geringeren Wachstumsimpuls (4,5 % im Jahr 2023) aus. Vor dem Hintergrund der angespannten Lage auf dem Immobilienmarkt, vergleichsweise geringem Einkommenswachstum und niedrigem Konsumentenvertrauen werde die aufgestaute Nachfrage den privaten Konsum nach Öffnung der Volkswirtschaft in geringerem Maße stützen, als dies in anderen Ländern der Fall gewesen sei. Perspektivisch mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter zunehmende geopolitische Spannungen, insb. im Verhältnis zum westlichen Wertebündnis, stellen einen zusätzlichen Unsicherheitsfaktor dar und könnten sich wachstumsdämpfend auswirken. Im komfortablen Gegensatz zu anderen Ländern hat China derzeit kein Inflationsproblem.

Für **Japan** erwartet der IWF dank fiskalischer Unterstützungsmaßnahmen eine Wachstumsrate in Höhe von 1,8 % in diesem Jahr. Der stimulierende Effekt laufe im Zeitablauf aus, so dass im Jahr 2024 wieder mit einem geringeren Wachstum gerechnet werde. Unklarheit besteht derzeit hinsichtlich des künftigen geldpolitischen Kurses der Bank of Japan. Für japanische Verhältnisse werden derzeit ungewöhnlich hohe Inflationsraten beobachtet. Die Teuerung betrug im Dezember 2022 4,0 % (im Vergleich zum Vorjahresmonat). Zudem hat der japanische Yen insgesamt über das Jahr 2022 gegenüber dem US-Dollar abgewertet. Ob die Bank of Japan mit einer restriktiven Geldpolitik reagieren wird, ist allerdings noch weitestgehend offen und wird sich unter der Ägide des neuen Zentralbankchefs Kazuo Ueda zeigen.

Für das BIP der **Eurozone** erwartet der IWF im laufenden Jahr ein Wachstum von 0,7 %. Damit ist er leicht pessimistischer als die Europäische Kommission in ihrer jüngsten Prognose aus Februar, die für das Jahr 2023 von 0,9 % ausgeht. Für das kommende Jahr rechnet sie mit einem Wachstum von 1,5 % (IWF 1,6 %). Stimmungsindikatoren deuten darauf hin, dass eine technische Rezession vermieden werden kann. Insbesondere fallende Gaspreise, diversifizierte Energielieferketten, Unterstützungsmaßnahmen für Haushalte und Unternehmen sowie ein robuster Arbeitsmarkt stützen die derzeitige Entwicklung. Gleichzeitig dämpfen weiterhin hohe Energiekosten und Kerninflationen sowie eine restriktivere Geldpolitik die Kaufkraft privater Haushalte und Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Mit Blick auf die Inflationsentwicklung erwartet die Europäische Kommission über den Prognosezeitraum kontinuierlich fallende Raten. Gleichwohl dürfte die Inflation auch im Jahr 2024 mit durchschnittlich 2,5 % weiterhin über dem geldpolitischen Ziel der EZB von 2 % liegen.

Die wirtschaftliche Situation in **Großbritannien** ist besonders schwierig. Viele Experten gehen davon aus, dass das Land in diesem Jahr eine Rezession erleben wird, insbesondere weil sowohl Geld- als auch Fiskalpolitik zeitgleich gestrafft werden. Die von der Bank of England durchgesetzte Leitzinserhöhung auf 4 % Anfang Februar soll die hartnäckige Inflation im Land weiter bekämpfen. Die Regierung Großbritanniens hat zudem eine Steuererhöhung für größere Unternehmen von 19 % auf 25 % beschlossen, die ab April dieses Jahres greift. Die im Zuge der Energiekrise eingesetzte Energiepreisgarantie, die eine Deckelung der Jahresrechnung auf 2.500 Pfund vorsieht, wird ab April auf 3.000 Pfund erhöht – die Haushalte müssen ab dann also wieder einen größeren Teil der Rechnungen für Strom und Gas selber zahlen. Diese Maßnahmen dürften das Konsumentenvertrauen senken, dem Geschäftsklima schaden und zu geringeren Investitionen führen. Dazu passend erwartet der IWF ein negatives Wirtschaftswachstum um 0,6 % und schätzt damit die Lage noch optimistischer ein als viele andere Experten, die im Schnitt einen Rückgang der Wirtschaftskraft um 1 % (Consensus Forecast) erwarten.

Vergleichsweise positiv sieht der IWF die wirtschaftliche Lage in **Russland**. Das russische BIP sei im Jahr 2022 nur um 2,2 % eingebrochen – im Oktober/Juli/April 2022 hatte er noch eine Kontraktion von jeweils 3,4 %/6,0 %/8,5 % prognostiziert. Für das Jahr 2023 erwartet der IWF sogar eine leicht positive Wachstumsrate von 0,3 %. Diese Wachstumsrate liegt deutlich über den meisten übrigen Prognosen, die auch für 2023 eine Rezession in Russland vorhersagen. Allerdings eint alle Prognosen, dass sich die russische Wirtschaft deutlich resilienter gezeigt hat als ursprünglich erwartet. Gründe dürften in den hohen Rohstoffeinnahmen und in gestiegenen staatlichen Ausgaben liegen. Zudem gelang es der RUS Zentralbank, früh und schnell den Finanzsektor zu stabilisieren, so dass die realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzsanktionen gegenüber Russland begrenzt blieben. Die Inflationsraten scheinen sich derzeit trotz eines Leitzinses von nur 7,5 % bei ca. 12 % eingependelt zu haben.

ABWÄRTSRISIKEN SOLLTEN ADRESSIERT WERDEN

Nach wie vor ist die wirtschaftliche Lage durch hohe Unsicherheiten gekennzeichnet. Insgesamt überwiegen aus Sicht des IWF die Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft. Dazu gehören unter anderem eine Eskalation des Krieges in der Ukraine, die Gefahr einer geopolitischen Fragmentierung, eine unerwartet persistente Inflation, Schwierigkeiten bei der Bewältigung der Covid-19-Pandemie insbesondere in China, Schuldenkrisen und unerwartete Preisanpassungen an den Finanzmärkten. Es gebe jedoch auch Aufwärtsrisiken: Die aufgestaute Nachfrage könnte den Konsum und das Wachs-



tum stärker stützen als erwartet. Möglich sei zudem eine schnellere Reduktion der Inflationsraten durch einen Rückgang der offenen unbesetzten Stellen und damit eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt.

Weiterhin misst der IWF der Inflationsbekämpfung höchste Priorität bei, fordert jedoch zur Abfederung möglicher negativer Folgen auf, unter anderem durch gezielte Unterstützung vulnerabler Gruppen oder durch frühzeitige Maßnahmen in hoch verschuldeten Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Finanzstabilität solle durch den Einsatz makroprudenzieller Instrumente, aber auch durch die Schließung von Regulierungslücken gestärkt werden. Für die Erhöhung des Wachstumspotenzials sollte zudem die Angebotsseite gestärkt werden.

Mittelfristig sieht der IWF insbesondere in der geopolitischen Fragmentierung eine große Gefahr und fordert dringend zu verstärkter multilateraler Zusammenarbeit auf. Neben den Bereichen Pandemiebekämpfung, staatliche Überschuldung und globale Finanzsicherheitsnetze gehe es dabei insbesondere auch um das globale Handelssystem und die grüne Transformation. Eine weitere Fragmentierung berge nicht nur hohe wirtschaftliche Kosten, insbesondere auch in der kürzeren Frist, sondern behindere langfristig auch die effiziente Bereitstellung öffentlicher Güter und damit auch die adäquate Adressierung des Klimawandels.

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwk.de

Stand

Februar 2023

Diese Publikation wird ausschließlich als Download angeboten.

Gestaltung

PRpetuum GmbH, 80801 München

Bildnachweis

Titel, S. 7: peach_adobe / Adobe Stock; S. 2: BMWK / Dominik Butzmann; S. 7, 8, 9: BSI; S. 10: mixmagic / iStock; S. 11: NAPA74 / iStock; S. 12: Zigmunds Dizgalvis / iStock; S. 13: imantsu / iStock; S. 16: skynesher / iStock; S. 17: jacoblund / iStock

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwk.de

Zentraler Bestellservice

Telefon: 030 18272-2721
Bestellfax: 030 181027227-21

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.